Hintergründe des Grundvertrages Seite 2

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

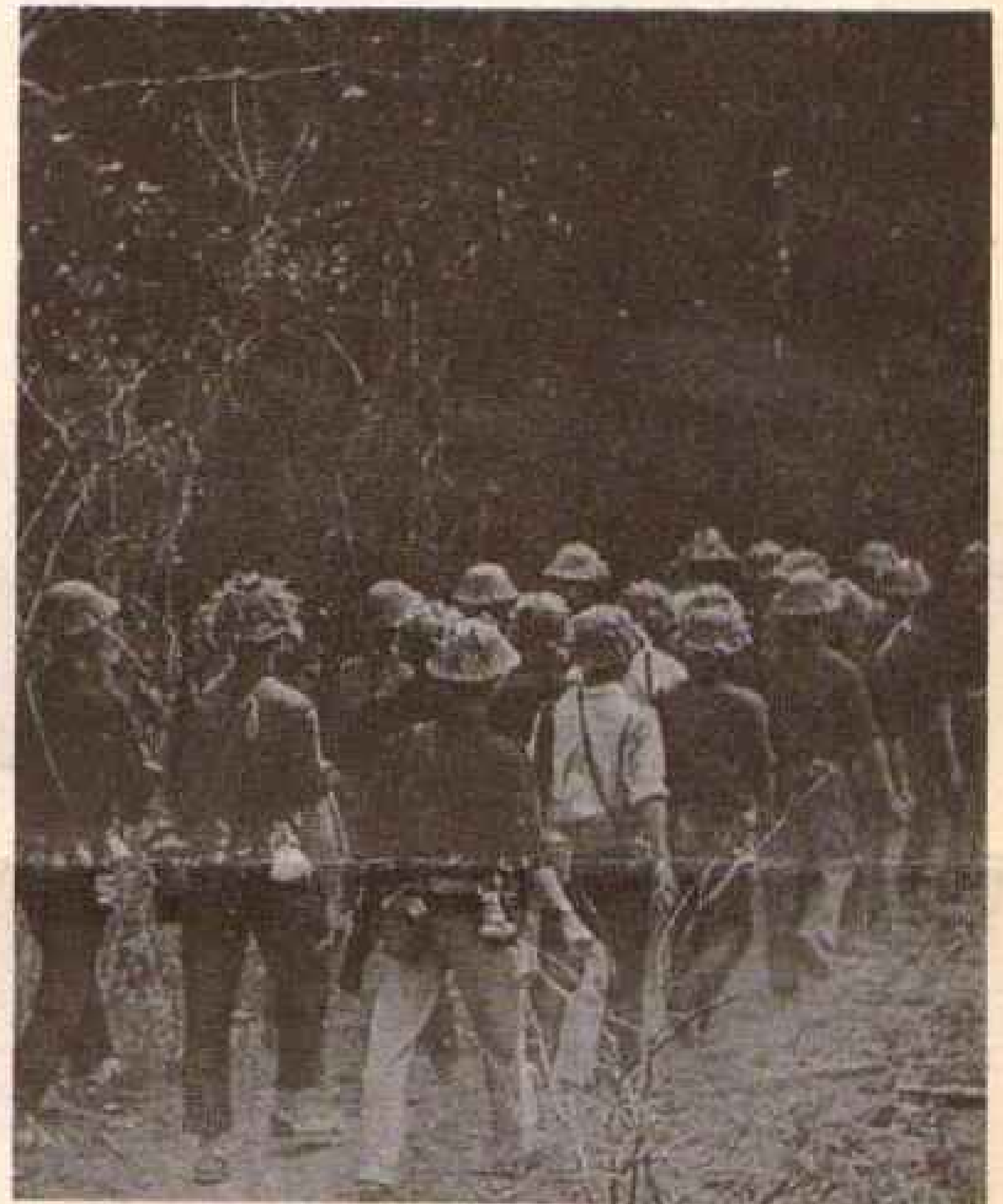


Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 24. März 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Nixon droht erneut mit Bomben gegen Vietnam !

In den letzten Wochen verging kein Tag, an dem Nixon nicht lautstark in dem bürgerlichen Blätterwald gegen angebliche Verletzungen des Waffenstillstands durch den Vietcong und die Demokratische Republik Vietnam protestierte. Mehr als 30000 Soldaten und 250 Panzer hätte die DRV unerlaubt über den Ho-Chi-Min-Pfad nach Südvietnam geschickt. Sogenannte militärische Kreise, so die bürgerliche Presse, sprechen von einer möglichen Bombardierung des Ho-Chi-Minh-Pfades und Hanois, und vom Einsatz von Kampflugzeugen in Südvietnam.



Die südvietnamesische Befreiungsarmee rückt triumphierend vor. Sie ist entschlossen, den Kampf gegen die USA-Aggressoren, für die Wiedervereinigung des Vaterlandes zum siegreichen Ende zu führen

Wir wissen aus den veröffentlichten Pentagon-Papieren, mit welcher Unverfrorenheit der US-Imperialismus über militärische Aktionen Nordvietnams und des Vietcong Lügen in der Öffentlichkeit verbreitet, um seine Überfälle als Verteidigungsschläge auszugeben.

Der US-Imperialismus und seine Marionette Thieu haben bis heute immer wieder das Vietnamabkommen gebrochen. Nixons Methode: 'Haltet den Dieb!' ist nichts anderes, als eine Täuschung der Weltöffentlichkeit über die fortgesetzte Aggression in Indochina. Dazu dient die Propaganda von angeblichen 'Truppenverschiebungen der Nordvietnamesen'.

Erstens mussten nun Regierungskreise in Washington selber zugeben, dass es sich bei den Truppenverschiebungen der Nordvietnamesen um nichts anderes handelt, als den im Vertrag vereinbarten Ersatz der Verluste vor dem Waffenstillstandsabkommen im Verhältnis eins zu eins. (FR, 14.3.73) Zweitens, und das trifft die USA noch härter, ist aus Japan bekanntgeworden, dass über japanische Häfen in der letzten Zeit Waffen, Munition und andere Rüstungsgüter an die Thieu-clique geliefert werden. Hier handelt es sich allerdings nicht um Ersatz, denn die USA haben schon vor dem Abkommen wie wahnsinnig Kriegsmaterial nach Südvietnam geschleppt. Es ist also gar keine Frage, wer wieder das Abkommen verletzt! Der ganze Lügenwirbel soll den USA nur dazu dienen, neue militärische Aktionen zur Unterstützung des Henkers Thieu vorzubereiten. Aber Thieus Schiff ist am Untergehen.

Betriebsrat bei OPEL-Bochum:

Nicht bestechlich - Entlassung !

Rudi Wischnewski, Mitglied des Betriebsrates bei Opel Bochum, wurde am 12.3.73 fristlos entlassen. Der Antrag auf seine Entlassung kam aus dem Betriebsrat selbst. Am 9.3. stimmten 34 (von 39) Betriebsräte dafür, Rudi Wischnewski aus dem Betriebsrat und aus dem Betrieb zu feuern.

Schon lange war Kollege Wischnewski der Geschäftsleitung und den Arbeiterverrätern im Betriebsrat ein Dorn im Auge. Dreimal erhielt er eine Verwarnung, weil er sich kämpferisch für die Kollegen einsetzte.

- wegen mutwilliger Verlängerung einer Belegschaftsversammlung, als er gegen die Entlassung des spanischen Ersatzbetriebsrats Lara auftrat;
- weil er empört einen Wachmann auf die Seite schob, um ein Tor zu öffnen, das wegen eines 'hohen Besuchs aus USA' versperrt worden war und so die Kollegen bei Schichtwechsel grosse Umwege machen mussten;
- weil er gegen Bestechungsversuche kämpfte.

Bei letzterem ging es jetzt um folgendes: Geschäftsleitung und Betriebsrat hatten beschlossen, für alle Betriebsräte eine höhere Arbeitsplatzbewertung als bei den anderen Kollegen durchzusetzen. Gegen eine solche Korruption wandten sich 4 Betriebsräte, darunter Kollege Wischnewski. Sie trugen die Sache an die Öffentlichkeit. "Solange der Durchschnitt bei 24 Punkten liegt, halten wir unsere 30 Punkte für eine Bevorzugung. Wir sind der Meinung, dass der Betriebsrat keine finanziellen Vor- und Nachteile gegenüber der Belegschaft haben sollte." (WAZ vom 22.3.73).

Die Antwort der Geschäftsleitung: Eine Verwarnung an alle vier Betriebsräte. Begründung: "Das Veröffentlichen von Lohnangelegenheiten ist laut Arbeitsordnung untersagt; Verstoss gegen Paragraph 5 des Tarifvertrages: Beschwerden über die Leistungszulage müssen über die Beschwerde-Kommission gehen."



Rudi Wischnewski

Ja, Kollege Wischnewski und die gewerkschaftsoppositionelle Betriebsratsliste machen den Opel-Kapitalisten das Leben schwer. Aber auch den Gewerkschaftsfeinden aus der IGM-Führung und im Betriebsrat. Kollege Wischnewski, seit 24 Jahren in der Gewerkschaft, seit 5 Jahren Betriebsrat, hat immer klassenkämpferisch die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und aller Kollegen vertreten. Wer sich aber nicht kaufen lässt, der ist für die Kapitalisten und ihre 'Sozialpartner' "untragbar".

Aber! Die gewerkschaftsoppositionellen Kollegen im Betriebsrat haben eine unschlagbare Kraft hinter ihrem Rücken: Das Vertrauen der Opel-Arbeiter! 20% der Kollegen wählten die Liste 2 der oppositionellen Kandidaten bei den Betriebsratswahlen.

Mit dem Einzug der oppositionellen Gewerkschafter in den Betriebsrat war Schluss mit Mauschelpolitik, Schluss mit dem Betriebsfriedens-Geschwätz von Oberbonzen Perschke. Perschke wurde bei Belegschaftsversammlungen vom Rednerpult gescheucht!

Kollege Wischnewski war über die IGM-Liste in den Betriebsrat gewählt worden. Aber es zeigte sich, was das organisierte und mutige Auftreten der gewerkschaftsoppositionellen Liste 2 für Auswirkungen hatte. Kollege Wischnewski fand im Betriebsrat die Unterstützung der Liste 2, und jetzt bekam sein kämpferisches Auftreten einen organisatorischen Rückhalt, und es wurde noch gefährlicher für Bonzen und Geschäftsleitung. Und das ist auch der Grund, warum gerade an dem Betriebsrat Wischnewski ein 'Exempel statuiert' werden soll: An ihm zeigen sich die Erfolge der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung, er ist ein Beispiel für die Kraft der organisierten Bewegung gegen Kapital und Bonzenverrat!

Kollege Wischnewski muss sofort wieder eingestellt werden! Das ist die Forderung der Opel-Arbeiter. Der Kampf wurde aufgenommen. 2000 Unterschriften auf Rücknahme der Entlassung wurden sofort gesammelt. Und das trotz Drohungen gegen die unterschreibenden Kollegen, obwohl man sie zur Einschüchterung fotografierte. Die Partei und viele fortschrittliche Kräfte haben sich in einem Solidaritätskomitee zusammengeschlossen. Es laufen bereits Spenden aus anderen Betrieben, aus anderen Städten ein.

Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse gegen klassenkämpferische und kommunistische Arbeiter häufen sich; immer offener treten die Arbeiterverräter aus der Gewerkschaftsführung Arm in Arm gegen die Arbeiter auf; aber wie gerade die Streiks bei Hoesch, HuF in Velbert und Mannesmann-Huckingen bewiesen haben, ist die Solidarität und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gewaltig im Steigen. Die Arbeiterbewegung ist unaufhaltsam auf dem Vormarsch.

STELLUNGNAHME DES KOLLEGEN W. (S.3)

AUS DEM INHALT:

Krach in der SPD S.2
Kampf der staatlichen Ausplünderung S.2
Daumenschrauben mit dem GRUNDVERTRAG S.2
Bundeskonferenz der Gewerkschaftsopposition S.3
Koblenz: Sterben für die Kapitalisten? S.4
Brasilien: Partisanenkampf weitet sich aus S.5
Schah und Brandt – Hand in Hand S.5
Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung: Blutmai 1929 .S.6
Rote Hilfe tut not! S.7
Freiheit für Genossen B.! S.7
Leserbriefe S.7
Treibjagd gegen Wieslocher Schüler S.7
USA: Folgt ein zweites Attika? S.8
Lohngroschen für US-Besatzer? ...S.8
Demonstration gegen US-Truppen .S.8

Kommentar:
KRACH IN DER SPD

Wehner tritt zurück, Brandt droht mit Rücktritt, was ist los? Nur wenige Monate nach dem grössten Wahlerfolg in der Geschichte der SPD, steckt die SPD dick in der Krise. Wie reimt sich das zusammen? Die SPD wurde gewählt, weil sie sich den Massen der Werktätigen als das kleinere Übel verkaufen konnte. Nicht so reaktionär wie die CDU/CSU, nicht so unternehmerhörig wie die CDU/CSU. Reform- und Friedensphrasen gegenüber den Durchgreifmethoden der CDU/CSU, das war der Trick, wie man breite Massen der Werktätigen mit Illusionen über das wahre Wesen des bürgerlichen Klassenstaats irreführte und, wie man versuchte sie in die Hände des Parlamentarismus zu treiben.

Die Wahl ist gelaufen. Aber die heutigen Tatsachen erweisen: die voranschreitende Klassenbewegung des Proletariats hat sich nur kurzfristig durch Wahlillusionen zurückhalten lassen. Die nackten Tatsachen des Kapitalismus in der BRD, seine sich ständig verschärfende Ausbeutung und Unterdrückung prägen immer mehr das politische Bewusstsein der Massen. Wilde Streiks, Kampf gegen die Teuerung, Vietnambewegung, Schüler- und Studentenbewegung usw. zeigen, dass die Hoffnungen auf die bürgerlichen Parteien, auf den kapitalistischen Staat, auf eine SPD-Regierung auf dem Rückzug sind.



Kleber der KPD/ML in der Agitation zur Bundestagswahl 1972

All die Versprechungen und Lügen, womit sich die SPD an die Regierung gejubelt hat, werden jetzt mehr und mehr zum Bumerang. Brandts offenes Bekenntnis zum Kapital in seiner Regierungserklärung, seine Kampfansage gegen die Forderungen der Arbeiterklasse, die Abwälzung der Krisenerscheinungen des Kapitalismus durch Finanzmanager Schmidt auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung mit Steuer- und Preiserhöhungen, das Arm-in-Arm von Brandt und Kriegsverbrecher Nixon, usw. – all das öffnete in den letzten Monaten vielen SPD-Wählern die Augen. Der SPD-Wähler von November sieht sich heute betrogen, Zweifel kommen auf, ob in der Bonner Schwatzbude ein 'kleineres Übel SPD' überhaupt zur Wahl steht. Die selbständige Aktion und Organisierung der Arbeiterklasse tritt als Alternative zum Gang an die Wahlurne heraus. Die Frage nach dem revolutionären Ausweg wird gestellt.

Das ist es, was die SPD-Führer fürchten. Die Krise der SPD spiegelt die zunehmende Krise des parlamentarischen Systems wider. Brandt sieht klar: "Es kommt darauf an, dass die Partei glaubwürdig bleibt." Die Fassade der 'Fortschrittlichkeit' der SPD soll also aufpoliert werden.

Darum dürfen die 'links'-demagogischen Juso-Führer sich lautstark zu Wort melden. Es wird die Hoffnung geschürt, jetzt bekämen endlich die 'Sozialisten' in der SPD das Heft in die Hand und es wird von der Notwendigkeit von mehr 'ausserparlamentarischer' Arbeit gesprochen. Personenverschiebungen in der SPD-Führung, Rücktrittsdrohungen, das Winken mit der grossen Diskussion auf dem kommenden SPD-Parteitag sollen den sozialdemokratischen Einfluss erhalten, die SPD stabilisieren. Letztlich soll damit der Glauben in das parlamentarische Betrugssystem gefestigt werden.

Nichts anderes versucht die Politik von D'K'P, SEW, SDAJ und MSB Spartakus. Sie bemühen sich die von der SPD enttäuschten Arbeiter und Jugendlichen unter der Fahne des 'Marxismus-Leninismus' aufzufangen. Für die klassenkämpferischen Kräfte wäre ein solcher Weg zu den modernen Revisionisten der Weg vom Regen in die Traufe.

Aus dem System des Parlamentsschwindels und Arbeiterverrats geht der revolutionäre Ausweg nur über ein Ziel: Die Zerschlagung des Staatsapparats des Kapitals und seiner Parteien in der proletarischen Revolution. Die einzige Partei, die unter diesem Ziel den Kampf organisiert, ist die KPD/ML. Sie gilt es zu stärken.

Kampf der staatlichen Ausplünderung!

In diesem Jahr wird das Lohnsteueraufkommen voraussichtlich 60 Mrd. DM betragen, das sind 20% mehr als 1972 und über 50 Mrd. DM mehr als noch 1960 (7,92 Mrd.). Der Brocken, den der Staat sich vom Lohn der Arbeiter nimmt, wird immer grösser. Durch den progressiven Lohnsteuertarif wächst die Lohnsteuerrate fast doppelt so schnell wie die Löhne. Bei einem Prozent mehr Lohn muss der durchschnittliche Arbeiter inzwischen zwei Prozent mehr Lohnsteuer zahlen. 1972 gehörten bereits 12,6% des Lohns, den der Arbeiter bekam, dem Staat.

In Wirklichkeit aber ist der Lohnraub noch viel grösser. So haben die Lohnerhöhungen von rund 8%, die die Metall- und Stahlarbeiter jetzt erhalten haben, gerade die Preissteigerungen aufgefangen. Obwohl sie also praktisch keinen Pfennig mehr am Monatsende in der Tasche haben, müssen sie trotzdem mehr Lohnsteuer zahlen.

Immer lauter werden darum die Stimmen, die sich über diese Ausplünderungspolitik des Staates empören. Das Handelsblatt empfiehlt deshalb:

"Künftige Steuern können nur noch in einer Verschärfung der indirekten Steuern bestehen, da das System der direkten Steuern kaum mehr ergiebig sein dürfte." (Handelsblatt, 14.3.73).

Also noch mehr Steuern auf die Waren, noch höhere Preise für Benzin, Tabak, Alkohol usw., von der Mehrwertsteuer gar nicht zu reden. Schon 1972 hat der Staat auf diese Weise rund 183 Mrd. DM kassiert. Und ab 1.Juli soll die Steuerschraube für Mineralöl schon wieder angezogen werden – um 5 Pfg. pro Liter!

Immer mehr Steuern – das ist die eine Seite. Immer mehr Kürzungen bei 'Sozialausgaben', das ist die andere Seite. Die Sperrung von 2,5 Mrd. DM für die Rentenzahlungen ist nur ein Beispiel. Dagegen wächst der Rüstungshaushalt ständig, holen sich die Herren von Kohle, Stahl und Chemie immer grössere Beträge von dem Lohn, den sie den Arbeitern zahlen mussten, auf dem Umweg über den Staat wieder zurück.

Nachrichten

Panama fordert Kanal zurück!

Auf der Tagung des Weltsicherheitsrates in Panama-City forderte Panamas Regierungspräsident Omar Torrijos die Rückgabe der Kanalzone durch die USA. Er verurteilte den Imperialismus und Kolonialismus der USA und erinnerte sie daran, dass "Panama nicht den 51. Stern in der Flagge der USA bilde". Sein Volk sei am Ende seiner Geduld, warnte Torrijos. "Ebenso wie Chile sein Kupfer und Peru sein Erdöl, kann Panama seinen natürlichen Reichtum, seine besondere geographische Lage, für sich beanspruchen." Es sei verwerflich, meinte Torrijos, einem Land seinen natürlichen Besitz zu verweigern, nur weil es seinem Anspruch nicht mit modernen Waffen Nachdruck verleihen könne. Perus Aussenminister, de la Flor Valle, unterstützte rückhaltlos die Haltung Panamas, er beschuldigte die USA der Ausbeutung und Einschüchterung der Staaten Lateinamerikas. Der USA-Vertreter reagierte laut bürgerlicher Presse mit 'verständnislosem Kopfschütteln'.

Prawda in der Klemme

Eine scharfe Attacke ritt die Parteizeitung der sowjetischen Revisionisten 'Prawda' gegen den Chefredakteur der Kairoer Zeitung Al Ahram, Heikal. "Wenn man Heikals Artikel liest, schreibt die Prawda, dann könnte man meinen, China hätte den Bau des Assuan-Staudamms finanziert, China hätte die ägyptische Armee mit Waffen ausgerüstet, usw. Heikals sowjetfeindliche Angriffe hätten eine verblüffende Ähnlichkeit mit den sowjetfeindlichen Tiraden der 'Pekinger-Spalter-Clique' um Tschou-En-Lai, stellt die Prawda fest. Nun, Heikal hatte nicht daran gezweifelt, dass die Sowjetunion Waffen liefert und den Assuan-Staudamm finanziert hat, aber das **Ziel** und die **Methoden** dieser 'Hilfe' hatte Heikal angegriffen. Während die VR China die Befreiungsbewegungen unentgeltlich und uneigennützig unterstützt, liefert die Sowjetunion Waffen nur gegen Barzahlung oder auf Kreditbasis, und versucht sich durch diese 'Hilfe' machtpolitischen Einfluss zu sichern; das war es, was Heikal der Sowjetunion vorwarf. Darauf weiss die Prawda allerdings nichts zu sagen und das spricht für sich.

Innerdeutscher Handel:
Daumenschrauben mit dem Grundvertrag

Auf der Leipziger Messe übergab Staatssekretär Rohwedder im Auftrag der Bundesregierung DDR-Aussenwirtschaftsminister Sölle ein Papier mit Vorschlägen zum Ausbau des 'innerdeutschen Handels'. Die Bonner Imperialisten berufen sich dabei ausdrücklich auf den Punkt 7 des Grundvertrages, der die BRD wie dir DDR verpflichtet, "den Handel kontinuierlich zu entwickeln, überholte Regelungen anzupassen und seine Struktur zu verbessern." (Handelsblatt, 14.3.73). Auf dieser Grundlage verlangen die Bonner Revanchisten von der DDR, anstelle der bisher gelieferten Braunkohle, elektrische Energie zu liefern. Sie fordern weiter eine Beteiligung am Abbau der Kohlevorkommen bei Helmstedt, eine Beteiligung am Erdgasnetz der DDR, verstärkte Erdöllieferungen sowie den gemeinsamen Bau einer Erdölraffinerie.

DDR-Aussenminister Sölle hat schon bekanntgegeben, dass er ebenfalls den Punkt 7 des Grundvertrages als einen 'Auftrag an die Regierungen' verstehe.

'Vorschläge' zum Ausbau des 'innerdeutschen Handels' zeigen, wie mit dem Grundvertrag die 'Struktur' des Handels mit der DDR verändert werden soll: Die DDR soll die Bundesrepublik mit den Rohstoffen versorgen, die sie im Moment am dringensten braucht: Mit Energie.

Wie es mit den Lieferungen der BRD an die DDR aussieht, zeigen z.B. die Angaben der chemischen Industrie: Sie konnte ihre Lieferungen seit dem letzten Jahr um rund 27% steigern (diesjähriger Warenwert: 507,8 DM). Das sind 3/4 der Gesamteinfuhr an chemischen Teilprodukten in die DDR.

Diese starke Stellung lässt die Chemieindustrie der Bundesrepublik auch für die nächste Zukunft optimistisch sein. **Der Umfang der Bezüge vor allem bei Synthesefaser-Vorprodukten und Farbstoffen würde bei einer Umstellung auf andere Lieferanten in den Betrieben der DDR erhebliche technische Schwierigkeiten und Kosten verursachen."** (FAZ vom 17.3.73).

Die westdeutschen Chemieindustriellen nutzen diese Abhängigkeit der DDR schamlos aus. Offen wird darüber frohlockt, dass die DDR gezwungen ist, die Preise zu zahlen, die von westdeutschen Firmen verlangt werden. Ausserdem wird darauf gedrungen, dass anstelle der bisher langfristigen Zahlungen die Lieferungen schnell bezahlt werden. Die DDR wird somit gezwungen, verstärkt Kredite bei westdeutschen und anderen europäischen Banken aufzunehmen.

Ein Grund für die Abhängigkeit der DDR von westdeutschen Lieferungen wurde besonders beim Maschinenbau deutlich. Während der Maschinenbau in der DDR ständig wächst und auf Grund der Qualität der Produktion genug Käufer auch in den westlichen kapitalistischen Ländern finden könnte, ist die DDR auch hier auf Lieferungen von der BRD angewiesen, da sie auf Grund von Lieferverträgen mit den sowjetischen Sozialimperialisten noch nicht einmal ihren Eigenbedarf decken kann.

Stand die DDR bisher schon mit 1,8 Milliarden gegenüber Westdeutschland in der Kreide, so werden diese Schulden in der nächsten Zeit weiter zunehmen. **Kein Wunder, dass die Bankiers der westeuropäischen Länder auf der Leipziger Messe frohlocken: "Die DDR könnte eine erstklassige Schuldnerin auf den westlichen Kapitalmärkten sein."** (Handelsblatt vom 16./17.3.73).

Die Ereignisse während der Leipziger Messe zeigen deutlich, wie der Grundvertrag von den westdeutschen Imperialisten und auch von den Kapitalisten anderer europäische Länder als ein Fanfarenstoss zur Hatz auf die DDR verstanden wird. Während die Honecker-Stoph-Clique und die modernen Revisionisten als Hauptgewinn bei diesem Vertrag immer wieder die Anerkennung der Souveränität preisen, stimmen sie in Wirklichkeit einer Politik zu, die nach der Unterwerfung unter das Diktat der Kremlzaren, sie nun auch in die tödlichen Umarmung der westdeutschen Revanchisten werfen lässt.

Das macht sie zu Feinden der Werktätigen in der DDR und in Westdeutschland. Während die Kumpels an der Ruhr zu zigtausenden auf die Strasse fliegen und ihr Hass auf die alten Kriegstreiber von Kohle und Stahl wächst, reichen Honecker und Co den Kanonenkönigen die Hand und haben scheints nichts dagegen, ihnen auf Kosten der Werktätigen der DDR die Energie zu liefern, mit deren Hilfe heute schon mehr Panzer und Kanonen produziert werden als unter Hitler.

* * *

Auf der internationalen Konferenz anlässlich des 125. Jahrestages des Kommunistischen Manifests tönten die Revisionisten wieder lautstark, von einer einheitlichen deutschen Nation könne keine Rede sein. "Die sozialistische Nation in der DDR steht in unüberbrückbarem Gegensatz zur alten, in der BRD fortbestehenden kapitalistischen Nation(!)."

In Wirklichkeit haben die Revisionisten den nationalen Kampf der westdeutschen Werktätigen und der Wertätigen in der DDR verraten. Mit der Zugeständnispolitik gegenüber den westdeutschen Imperialisten bereiten sie dagegen der 'nationalen Politik' der westdeutschen Imperialisten, einer 'Wiedervereinigung' im Sinne der Krupp und Thyssen den Boden.

ROTER MORGEN
Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 16 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

STELLUNGNAHME DES KOLLEGEN W.

Wer wird der nächste sein?

In einer Stellungnahme, die Kollege Wischnewski auf einem Flugblatt veröffentlichte, deckte er auf, wie tief der Sumpf der Korruption im Betriebsrat ist, entlarvte er die Angriffe auf ihn und die anderen drei Betriebsräte als Versuch, klassenkämpferische Betriebsräte auszuschalten. In der Stellungnahme heisst es:

"Kolleginnen und Kollegen! Seit 24 Jahren bin ich Mitglied der Gewerkschaft, seit 10 Jahren bei Opel und seit 5 Jahren im Betriebsrat. Die Ursachen des ausserordentlichen Vorgehens sehe ich folgendermassen:

– In den 5 Jahren meiner Betriebsrats-Tätigkeit habe ich viele Dinge miterlebt und zum Teil auch selber mitgemacht, die für eine gewählte Vertretung der Belegschaft beschämend sind. Durch die neue Situation seit der letzten Betriebsratswahl (hier kamen zum ersten Mal Betriebsräte auf einer oppositionellen Liste in den Betriebsrat – die Red.) habe ich zusammen mit einigen wenigen Kollegen die Kritik immer offener ausgesprochen und den Rücktritt des Betriebsrats sowie Neuwahlen gefordert.

– Zusammen mit drei Kollegen habe ich die 30-Punkte-Leistungszulage als unberechtigte Bevorteilung angegriffen und den Mehrbetrag von 35 DM monatlich der Aktion Sorgenkind überwiesen.

– Während der Betriebsrat G. Perschke behauptet hat, am Verkauf von Ware durch Betriebsräte an Kollegen im Betrieb sei 'keine müde Mark' verdient worden, kann ich erklären: Ich selber habe durch den Warenverkauf im Betrieb ein Radiogerät (etwa 45 DM), einen Zinnbecher (etwa 80 DM) und ein Bier-Service (etwa 50 DM) bekommen wie übrige Betriebsräte während der Wahlperiode auch; von gespendeten Schnapsflaschen zu Weihnachten ganz zu schweigen. Ich hatte angedeutet, auf der kommenden Belegschaftsversammlung am 29. und 30.3. diese Tatsachen zu enthüllen. Viele Betriebsräte, besonders aus Werk II haben sich durch Versicherungsabschlüsse während der Arbeitszeit bereichert, was heute von ihnen bestritten wird... ..

Unter derartigen Bedingungen innerhalb des Betriebsrats ist der Vorwurf auf mangelnde Zusammenarbeit lächerlich. Anscheinend weiss ich zuviel...

34 Betriebsräte haben bei der Geschäftsleitung meine Entlassung wegen Störung des Betriebsfriedens beantragt. Ich habe drei Verwarnungen bekommen, aber wofür?

Die erste wegen der Belegschaftsversammlung im Sept.72 (unter anderem: mutwillige Verlängerung); die zweite, weil ich im Werk II nicht mitansehen konnte, dass bei Schichtwechsel wegen 'hohen Besuchs aus USA' der Eingang versperrt war und alle Kollegen Umwege in Kauf nehmen mussten. Empört hatte ich den Wachmann beiseite gedrängt und die Tür geöffnet. Die dritte Verwarnung habe ich kürzlich bekommen, wegen öffentlicher Stellungnahme zu den 30 Punkten für Betriebsräte.

Meiner Ansicht nach soll mit den Massnahmen der Betriebsräte gegen mich die wachsende Kritik der Belegschaft und die Forderung nach Neuwahlen unterdrückt werden. Zuerst haben Betriebsräte die Entlassung A. Laras veranlasst (Lara wurde entlassen, weil er sich auf der Belegschaftsversammlung im Sept.72 entschieden für die Interessen der spanischen Arbeiter bei Opel einsetzte – die Red.), der zweite bin ich, wer wird der nächste sein?"



"ROTER GARTENFELDER" UND "ROTER LAUTSPRECHER" EINE ZEITUNG!

Bei Siemens in Westberlin wurde ein weiterer Schritt getan, die Kampffront gegen den Imperialismus zu stärken und die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML herzustellen. In einer gemeinsamen Erklärung der Genossen des 'Roten Gartenfelder' (Betriebszeitung der GRFB bei Siemens) und der Genossen der KPD/ML heisst es unter anderem: **"Es wurde beschlossen, die wichtigste Aufgabe in nächster Zeit, den 1. Mai 73 unter der Kommunistischen Fahne gemeinsam vorzubereiten und durchzuführen.**

Weiter ist geplant, der Zersplitterung der Marxisten-Leninisten bei Siemens einen weiteren Riegel vorzuschieben und als nächsten praktischen Schritt gemeinsam eine Betriebszeitung für die Kollegen in Gartenfeld (Siemens) herauszugeben.

KLASSE GEGEN KLASSE



Vor dem Landeshaus in Köln demonstreirten 500 Krankenpfleger und Krankenschwestern dafür, dass sie ebenfalls die Zulagen erhalten, die seit dem vergangenen Jahr für andere Angestellte des öffentlichen Dienstes gezahlt werden.



STREIK IN SURINAM WEITET SICH AUS

Der Streik der Arbeiter udn Angestellten in Paramaribo, der Hauptstadt von Surinam (Holländ Guiana), weitet sich aus. Am 14.2. demonstrierten die Streikenden auf den Strassen, riefen Parolen gegen die unmenschliche Ausbeutung durch die ausländischen Kapitalisten, errichteten Barrikaden, besetzten Gebäude und lieferten der eingreifenden Polizei harte Kämpfe. Die Polizei eröffnete das Feuer und verletzte eine beträchtliche Anzahl der Demonstranten.

Den Streik begannen am 17.1. die Zollbeamten. Am 9.2. weitete der Streik sich zu einem Generalstreik aus, an dem Beschäftigte bei der Post und in Krankenhäusern, Lehrer, Strassenkehrer, Holzarbeiter und Metallarbeiter teilnahmen.

VERHINDERT DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN!

In mehr als zehn westdeutschen Grosstädten sollen die Preise für Bus- und Strassenbahnfahrten erhöht werden. Dagegen gründeten sich u.a. in Bochum, Wattenscheid und in Braunschweig Kampfkomitees, die auf Flugblättern, mit Informationsständen und einzelnen Boykottmassnahmen gegen die unverschämten Fahrpreise für die Durchsetzung der Forderung: Keinen Pfennig mehr als bisher! kämpfen.

STREIK GEGEN US-BESATZER

Am 14.3. traten 700 Arbeiter bei den US-Besatzertruppen in Schwäbisch-Gmünd in den Streik. Sie kämpften gegen die Streichung der übertariflichen Zulagen durch die US-Besatzer. Nachdem erst Ende Februar höherer Lohn für die Arbeiter und Angestellten bei den amerikanischen Truppen ausgehandelt worden war, sollte die Lohnerhöhung jetzt mit dem Argument: Der Dollar ist ja abgewertet worden – wieder rückgängig gemacht werden.

2000 SÜDAFRIKANER IM STREIK

2000 Arbeiter einer Papierfabrik in Madini in Südafrika streiken seit dem 10.3. für einen Stundenlohn von mindestens einem Rand (4 DM). Polizeieinheiten standen von Anfang an einsatzbereit, wagten jedoch nicht einzugreifen. Erst kürzlich streikten 60000 schwarze Afrikaner in Durban und erkämpften Lohnerhöhungen zwischen 10 und 20 Prozent. In den letzten 12 Monaten kämpften weit über 100000 schwarze Arbeiter gegen die Hungerlöhne und die unzumutbaren Arbeitsbedingungen, besonders bei den amerikanischen und westdeutschen Firmen.

ITALIEN: STREIK BEI ALFA ROMEO

Bei einem Streik der Giesserei-Arbeiter bei Alfa Romeo in Mailand wurden drei Arbeiter wegen Hausfriedensbruch verhaftet, 8500 Arbeiter wurden ausgesperrt. Aus Protest legten am nächsten Tag, dem 12.3., 20000 Arbeiter die Arbeite nieder.

TARIFABSCHLUSS BEIM BAU – ERSTE VERHANDLUNGEN BEI TEXTIL

Die Tarifverhandlungen für die 1,5 Millionen Bauarbeiter sind abgeschlossen: 8,8% mit einer Laufzeit von 12 Monaten. Am 13.3. verhandelten die Bonzen der Textilgewerkschaft zum ersten Mal über eine Lohnerhöhung für die 370000 Beschäftigten der Textilindustrie.



Kassel: Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen

GEWERKSCHAFTS OPPOSITION – Nur auf revolutionärer Grundlage möglich

EIN GENOSSE SCHREIBT ÜBER DIE BUNDESKONFERENZ

Im letzten Roten Morgen wurde über die Entwicklung der Gewerkschaftsopposition vor allem in Bezug auf ihre Organisierung berichtet.

Ein weiterer Punkt, der eine zentrale Stellung auf der Bundeskonferenz einnahm, war die Frage nach der politischen Grundlage, auf die sich die Gewerkschaftsopposition stellt.

Als Kommunisten in der Gewerkschaftsopposition gehen wir davon aus, dass die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung und ihre Organisation nicht auf einer reformistischen Grundlage entstehen und sich entwickeln kann. Im Gegenteil. Die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung entsteht im Kampf gegen die reformistischen DGB-Führer, sie steht daher von vorneherein auf einer revolutionaren Grundlage.

Worin zeigen sich diese revolutionären Grundlagen der GO in den Beschlüssen der Bundeskonferenz? Sie zeigten sich vor allem darin, dass die Bundeskonferenz sich keiner Illusion darüber hingibt, dass die Eroberung der Gewerkschaften durch den bestehenden Gewerkschaftsapparat möglich sei. Aus dieser prinzipiellen Feststellung heraus bestimmt die Gewerkschaftsopposition ihr taktisches Vorgehen innerhalb des Gewerkschaftsapparats im Interesse der Mitgliedschaft, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Zu dieser Frage wurde von der Bundeskonferenz folgender Punkt im Statut verabschiedet:

"Die Gewerkschaftsopposition führt ihren Kampf innerhalb der bestehenden Gewerkschaftsorganisation und schöpft die dadurch gegebenen Möglichkeiten so weit es geht aus. Die Gewerkschaftsopposition fühlt sich aber nicht an die Regeln und Beschlüsse der bestehenden Gewerkschaft gebunden, wenn diese der klassenkämpferischen Durchsetzung der Arbeiterinteressen widersprechen. Deshalb ist der Wirkungskreis der Gewerkschaftsopposition nicht durch den Rahmen der Gewerkschaftslegalität gebunden."

Von hier ausgehend hat der Bundeskongress auch die vordringlichsten und nächsten Schritte angegeben. Natürlich muss die zentrale Anleitung der GO noch wesentlich gestärkt und verbessert werden, doch die elementare Aufgabe für die GO muss jetzt werden, die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, die Kleinarbeit für die gewerkschaftsoppositionelle Organisierung, für die Durchsetzung der Linie des kompromisslosen Kampfes gegen das Kapital, für die Linie der GO. In dieser Hinsicht hat sich die GO folgende hauptsächlichen Kampfziele gestellt:

"Führung eines kompromisslosen Kampfes gegen das Kapital, gegen seine Massnahmen der Ausbeutung und Unterdrückung. Selbständige Organisierung und Führung der Wirtschaftskämpfe. Führung der Kämpfe gegen politische Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Der Kampf gegen Imperialismus, Faschismus, Militarismus, Chauvinismus; der Kampf im Geiste der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, der praktischen Solidarität und Unterstützung der Kämpfe der Völker der ganzen Welt.

Der Kampf gegen die Spaltung, für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, um die Einheit der Arbeiterklasse.

Fortsetzung auf Seite 4



Die 40-Stunden-Woche steht für die meisten Kollegen auf dem Papier. Überstunden, Samstags- und Sonntagsschichten sind an der Tagesordnung. Bei Mannesmann in Mühlheim wird sogar bei zwei Abteilungen wieder offiziell die 6-Tagewoche eingeführt. Verschärfte Akkordhetze und Arbeitszeitverlängerung sind der Tribut, den die Arbeiterklasse für den Profit- und Machthunger des Kapitals zahlen soll. Der 'Rote Schlepper', Betriebszeitung der KPD/ML bei Feucht schreibt dazu:

NEIN ZU DEN SAMSTAGSSCHICHTEN IN DER MONTAGE WEISS IN DER MONTAGE

Am Fraitagvormittag fand ein ziemlich seltenes Ereignis statt: Wie wir sahen, dass der Weiss in der Halle herumging und überall mit den Kollegen sprach, wussten wir schon: Da ist was los!

Ein Kollege spöttisch: "Die Fendts wollen was von uns, die schicken den Weiss." Und ob die was von uns wollten:

"Kollegen, ihr wisst", so der Weiss, "dass durch Krankheit und durch Schwierigkeiten am Band viele Schlepper ausgefallen sind, und jetzt wollen wir fragen, ob ihr mit 2 Samstagsschichten im März einverstanden seid, um den Rückstand wieder reinzuarbeiten."

Weiter kommt er nicht. "Kommt gar nicht in Frage, wir spinnen doch nicht..."

Als der Weiss weg war, ist die Diskussion erst richtig losgegangen. "Die spinnen, 9 Stunden am Band täglich reichen mir, jetzt soll ich auch noch am Samstag schuften!" Das denken die meisten.

Klar, das Geld können wir schon brauchen. Aber davon kassiert der Staat schon mal einen Brocken. Ein Kollege: "Für den Staat schaff ich doch nicht! Ausserdem: Es ist schlimm genug, dass wir mit 9-Stunden-Akkordschinderei gerade unser Fortkommen haben, während sich die Fendts dumm und dämlich verdienen mit unserer Arbeit!"

Für den Fendt geht es um 1 bis 2 Millionen DM Umsatz! **Aber uns reichts! Wir wollen ohne Überstunden und ohne Samstagsschichten leben können.**

Höchstens für 100 DM netto und Sonderurlaub - sonst nie!' Dieser Vorschlag ist während der Diskussion in der Endmontage aufgetaucht - darüber kann man reden! Es gibt auch noch einige, die für die Samstagsschichten sind. Diese Kollegen dürfen wir nicht gleich als Radfahrer beschimpfen. Wir müssen offen mit den Kollegen diskutieren. Die 6-Tage-Woche macht uns kaputt - dsa können uns die 100% nie ersetzen. 'Die machen ja doch, was sie wollen!' "Das ist doch bloss Schau, dass der Weiss rumgeht und fragt! Die schliessen ihre Betriebsvereinbarung, ob wir einverstanden sind oder nicht!'

Klar, über den Weiss dürfen wir uns keine Illusionen machen, der verkauft uns, ohne mit der Wimper zu zucken an den Fendt...

Heute will der Weiss wieder kommen. Von Gruppe zu Gruppe wird er schleichen, um sich die Erlaubnis für die Betriebsvereinbarung zu holen. Das ist natürlich sehr schlau gedacht. So kann er jeder Gruppe erzählen, die anderen sind schon fast dafür. Gegen diese Spaltertaktik hilft nur eins:

Abteilungsversammlung in der Montage!...
Keine Betriebsvereinbarung ohne Mehrheit in der Montage!... Wenn wir zusammenhalten, können die Bosse nichts machen! Ohne uns Arbeiter geht nicht ein einziger Schlepper vom Band! Einigkeit ist unsere Stärke!

Sterben für den Profit der Kapitalisten -

Koblenz (RM).

"In Koblenz wird zur Zeit eine große Autobahnbrücke über den Rhein gebaut. Wie man überall in der Zeitung lesen konnte, ist diese Brücke jetzt schon zweimal zu Teilen zusammengefallen. **Dabei sind etwa 10 Arbeiter ums Leben gekommen, andere wurden schwer verletzt.** Beim Brückenbau arbeiten viele ausländische Kollegen. Die Kapitalisten haben sich darum als 'Erklärung' für die Unfälle einen besonders üblen Trick ausgedacht: Die Ausländer würden nichts verstehen, deswegen machten sie alles falsch und verursachten die Unfälle.

Die Unfälle beim Brückenbau in Koblenz sind nicht die ersten. Vor ein paar Jahren ist die Autobahnbrücke Limburg, ebenfalls während des Baus, eingestürzt. Damals sind zig Arbeiter umgekommen. Auch damals ist versucht worden, den Arbeitern die Schuld in die Schuhe zu schieben. **Aber am Schluss kam ans Licht: Ein Baukapitalist hatte am Zement 'gespart', dadurch kam eine Betonmischung zustande, wo viel zuviel Sand enthalten war. Das war der wahre Grund für das Unglück.**

Kaltblütig hat der Kapitalist die Arbeiter sterben lassen, bloss um mehr Geld zu scheffeln.

In Koblenz weiss man bisher nur, dass die Ursachen 'untersucht' werden. Es wird von 'statistischen' Berechnungsfehlern gesprochen.

Die Arbeiter sind jedenfalls bestimmt nicht dafür verantwortlich, dass diese Brücke zusammengefallen ist. Das ist auch die Meinung der Kollegen. **Daher weigern sich immer mehr, an der Brücke zu arbeiten. Auch höhere Bezahlung konnte nur wenige zur Weiterarbeit bewegen. Es sind viele ausländische Kollegen neu eingestellt worden, denen man nicht die Wahrheit über die Unfälle erzählt hat. Wegen diese Vorfälle sind die Koblenzer Arbeiter sehr aufgebracht.**

Es gibt zwei Stadtviertel in Koblenz, dort leben die Ärmsten der Armen, unterbezahlte und arbeitslose Kollegen. Es handelt sich um Koblenz-Asterstein und die Koblenzer Altstadt.

Vor etwa fünf Wochen soll in der Altstadt ein blutiger Kampf stattgefunden haben. Die bürgerliche Presse hat die Vorgänge dort völlig totgeschwiegen. Ich selbst aber habe einen total demolierten Mercedes gesehen, der bei dem Kampf zu Bruch gegangen sein soll.

Nach Berichten von Kollegen, die dort wohnen, hatten sich eine Reihe von Arbeitern in einer Sackgasse dort versammelt. Es ist nicht mehr genau zu erfahren, warum. Erzählt wird, dass sich die Arbeiter, versammelt hätten, weil ein ausländischer Arbeiter ohne Grund entlassen worden ist; dass es eine Auseinandersetzung mit Zuhältern gegeben habe, bei der ein beteiligter Arbeiter von Kollegen unterstützt worden ist; dass es einen Streit zwischen betrunkenen Arbeitern gegeben habe.

Jedenfalls rückte die Polizei massiv gegen die Versammelten vor. Dabei wehrte sich aber die Bevölkerung entschieden. Die brutal prügelnden Bullen wurden mit Steinen und Knüppeln empfangen. Eine Barrikade wurde errichtet. Erst nach heftigem Kampf gelang es der Polizei, die Barrikade zu stürmen. Mehrere Arbeiter wurden festgenommen.

Ausschreitungen von dieser und ähnlicher Art sind in den beiden Stadtvierteln an der Tagesordnung. Berade in der letzten Zeit schiessen hier Dirnenwohnheime und Kneipen wie Pilze aus dem Boden. Die Arbeiter sollen ihre Sorgen in Alkohol ersäufen - die Kapitalisten wollen ihnen dabei noch die letzten Groschen aus der Tasche ziehen. Kein Wunder, dass es bei diesen Verhältnissen oft zu Streitereien und Zank kommt. **Aber wenn es darauf ankommt, hält die Bevölkerung zusammen. Am meisten gegen die Polizei. Warum sonst fahren die Bullen abends nur in Streifenwagen, die mit vier Mann besetzt sind und trauen sich nicht, den Fuss vor die Autotür zu setzen?"**

Gewerkschaftsopposition ... Fortsetzung von S.3

Der Kampf gegen die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, für die Einheitsgewerkschaft."

Unter **Hauptaufgabe der GO** heisst es im Statut:

"Die Gewerkschaftsopposition führt den konsequenten Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse. Sie führt den Kampf
- gegen die Angriffe des Kapitals auf die Interessen der werktätigen Bevölkerung;
- gegen den Verrat am Kampf der Arbeiter;
- für eine Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete."

Diese Ziele in der täglichen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft durchzusetzen, die spontane Bewegung, die gegen den Verrat der Gewerkschaftsbonzen entstanden ist, auf diese vorwärtstreibende Ebene zu stellen, das ist die Aufgabe, die sich die GO gestellt hat.

Schon jetzt zeigen sich hier erste wichtige Erfolge. Bei den Kämpfen der Arbeiter ist die GO in wachsendem Masse vertreten, zeigt sie ihre rückhaltlose Unterstützung, treibt sie voran, gegen die Abwiegelungstaktik der Bourgeoisie. In diesen Kämpfen hat sie durch ihre aktive Mitwirkung schon verhältnismassig grosse Erfolge erreicht, indem sie klassenkämpferische Kollegen aus den Fängen des reformistischen Gewerkschaftsapparates entrissen hat, indem sie die Entscheidung zum revolutionären Weg vorangetrieben und gefördert hat.

So kann man heute sagen, dass die GO heute die besten Traditionen der revolutionären deutschen Gewerkschaftsbewegung aufgreift und fortführt.

Heute, wo sich wilde Streiks mehren, wo kämpferische und gewerkschaftsoppositionelle Kollegen immer öfter auf die Strasse geworfen werden, wo die Gewerkschaftsführung und ihre kapitalistischen Auftraggeber mit immer neuen Mitteln versuchen, gegen alle oppositionellen Käfte in der Gewerkschaft vorzugehen, stellt sich für die Gewerkschaftsopposition vordringlich die Aufgabe, sich in dieser Richtung vorzubereiten und vor allem die Unversöhnlichkeit des Kampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie samt ihrer reformistischen Handlanger zu begreifen.

Die GO hat dabei gleichzeitig die organisatorischen Massnahmen in die Wage geleitet.

Die GO muss sich in die Lage versetzen, verfolgten Kollegen Rechtsbeistand zu geben. Die GO muss in der Lage sein, Streiks zu unterstützen, wenn die Gewerkschaftsführung den Kollegen in den Rücken fällt. Dazu legte sich die GO einen Streikfond an, aus welchem bereits die streikenden Kollegen bei HuF-Velbert und Mannesmann-Hukkingen tatkräftig unterstützt worden sind. Da ein solcher Streikfond jedoch grosse Mittel benötigt, Mittel, die die GO zur Zeit nur in einem sehr beschränkten Rahmen aufbringen kann, gilt es, überall unter unseren Kollegen, bei denen wir für den Kampf der GO werben, auch die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung zu propagieren.
Dies ist gleichzeitig eine existentielle Notwendigkeit für die Festigung der organisatorischen Unabhängigkeit und politischen Selbständigkeit der GO.

Darum rufe ich hier auf zur finanziellen Unterstützung der Gewerkschaftsopposition:

Spendenkonto:
U. Leicht
Commerzbank Giessen, Konto-Nr. 201 85 96

Revisionistisches

"DIE GEWERKSCHAFT SIND WIR ALLE"

Es ist geradezu erstaunlich, wieviele Tricks die D'K'P auf Lager hat, um den Arbeitern weiszumachen, der DGB-Streikbrecherapparat sei eine klassenkämpferische Organisation.

Beim 8,5% Betrugsabschluss war laut UZ der IGM-Vorstand schlecht informiert über die Stimmung in den Betrieben. Dann kamen die ersten 'wilden' Streiks. Zuerst bei Hülsbeck unf Fürst in Velbert, der IGM-Vorstand distanzierte sich und versuchte die Arbeiter wieder in die Betriebe zu schleppen. UZ tat, als ob sie nichts wüsste und schrieb: "IGM steht hinter streikenden Akkordarbeitern von Hülsbeck und Fürst." Dann kam der Streik der Hoesch-Arbeiter, den Gewerkschaftsbonzen mit Hilfe der Vertrauenskörperleitung und DKP-Vertrauensleuten abwiegelte, hier log die UZ, es wäre der Hoesch-Vorstand gewesen, der in den verschiedenen Hütten die Lüge verbreitete, in den anderen Hütten wäre die Arbeit schon wieder aufgenommen worden. Dann kam der Streik der Mannesmann-Arbeiter in Duisburg, der IGM-Vorstand verurteilte den Streik und wollte nur verhandeln, wenn die Kollegen die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Was schreibt UZ? Dazu überhaupt nichts, zur IGM steht nur folgendes: Der IGM-Vorstand missbilligte das Verhalten der Werksleitung. (Dafür kann man sich auch sehr viel kaufen.)

Der Gipfel findet sich aber in der letzten UZ NR. 10 in einem Interview mit einem Betriebsrat zu der Wiedereinstellung der acht Entlassenen bei Hoesch. Hier war nun nichts wegzulügen, denn alle Welt wusste, was IGM-Bonze Judith zur Wiedereinstellung gesagt hatte: "Der Hoesch-Vorstand hatte handfeste Entlassungsgründe und hat nur aus übergeordneten Gründen die Entalssungen rückgängig gemacht." Das musste UZ natürlich verurteilen und zwar so: Kollege Judith hat **leider in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als liege** ihm die Partnerschaft mit dem Konzernvorstand sehr am Herzen.

Das darf aber nicht zu antigewerkschaftlichen Schlussfolgerungen führen, denn so UZ: die Gewerkschaft sind wir alle! **So einfach ist das also, erst ein paar Lügen, dann gar nichts sagen und zum Schluss: na wenn schon, - was macht es, wenn der 'Gewerkschaftsvorstand' unseren Kampf sabotiert, die Gewerkschaft sind wir alle. Lügen haben bekanntlich kurze Beine, auch die D'K'P wird es damit nicht weit bringen, denn die Arbeiterklasse lässt sich nicht für dumm verkaufen!**

SOWJETISCH-AMERIKANISCHER HANDEL:

SCHACHER AUF DEM RÜCKEN DER VÖLKER

Amerikas Finanzminister Shultz war in wichtiger Mission in Moskau. Seine Aufgabe: Für die Gewährung von Handelsvergünstigungen für sowjetische Waren auf dem amerikanischen Markt eine generelle Auswanderungserlaubnis für russische Juden nach Israel, ohne Sondersteuerabgabe, auszuhandeln. Bei seiner Rückkehr gab sich Shultz optimistisch. Das Geschäft wird wohl zustandekommen. Die Kremlzaren werden die Gelegenheit nicht auslassen, ihre zerrüttete Wirtschaft notdürftig zu sanieren. Schliesslich sind sie weiter auf amerikanisches Getreide angewiesen. Der schnelle Galopp zurück in den Kapitalismus ist der Landwirtschaft schlecht bekommen. In der letzten Zeit werden sogar Grundnahrungsmittel rationiert. Ausserdem geht es um ein 15 Milliarden Erdgasgeschäft.

Und nicht zuletzt: haben die Kremlzaren noch nie Rücksicht auf die unterdrückten Völker genommen, wenn es um klingenden Rubel ging. Die israelischen Zionisten werden sich die Hände reiben, im Hinblick auf die neuen Rekruten, die ihnen die Geschäftstüchtigkeit der SU-Imperialisten beschert.

Das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker aber haben einen neuen Beweis des verlogenen 'Internationalismus' der Kremlzaren, des 'Internationalismus der Raffer und Schieber'.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Brasilien: Partisanenkampf weitet sich aus!

Brasilien, das größte Land Lateinamerikas, flächenmäßig so groß wie die USA, ein Land, das mit die reichsten Bodenschätze der Welt besitzt.

Brasilien, ein Land, das im Jahre 1861 Unabhängigkeit und Demokratie erkämpfte, als in Deutschland noch die schwarze Reaktion der Fürsten, Junker und Schlotbarone herrschte.

Brasilien 1973: 64,5% der arbeitenden Bevölkerung verdient weniger als 200 DM im Monat; 44,5% erhalten nicht einmal den Mindestlohn von 117 DM. Nur 31,7% der Bevölkerung, also jeder dritte, hat überhaupt Arbeit gefunden. Allein in Sao Paolo gibt es 4,5 Millionen Arbeitslose.



Eine Bauerndemonstration in 'Nordeste' kurz vor dem Militärputsch im Jahre 1964. Auf dem Transparent steht: Sofortige Agrarreform - oder wir besetzen das Land. Einer der Hauptgründe für den Staatsstreich von 1964 war die Niederschlagung der Bauernbewegung, die Verteidigung des Grossgrundbesitzes.

Diese Zustände können nur aufrechterhalten werden durch den blutigen Terror der Medici-Militärdiktatur, die ihre starke Stütze im US- und westdeutschen Imperialismus hat.

25% der aussereuropäischen Kapitalinvestitionen der Bundesrepublik gehen nach Brasilien. Der brasilianische Arbeiter erschuftet dem VW-Konzern pro Jahr 4 500 DM mehr Profit als sein Kollege in Wolfsburg.

Morde an Arbeiterführern und an Genossen der KP do Brasil (siehe RM Nr.6, S.5) durch die brasilianische SA (die 'Todeskommandos') sind an der Tagesordnung. Kein Wunder, gerät die Faschisten-Clique in immer grössere Schwierigkeiten durch das Aufflammen des revolutionären Kampfes in Brasilien.

Seit fast einem Jahr führt die Armee einen Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzug gegen die Partisaneneinheiten in der Provinz Para und den angrenzenden Gebieten Goias und Maranhao. Diese Befreiungskämpfe werden von der imperialistischen Presse der ganzen Welt wie auch in Westdeutschland totgeschwiegen. In Brasilien selbst kann allerdings nicht einmal die zensierte Presse verschweigen, dass die angeblichen 'Manöver' in diesem Gebiet in Wirklichkeit gegen 'Aufständische' geführt werden.

Die Gegend des Partisanenkampfes liegt im Einzugsgebiet des Amazonas, das durch die Transamazonasstrasse für die amerikanischen und westdeutschen Kapitalisten erschlossen werden soll. Nelson Rockefeller besitzt dort eine Farm von 300 000 Hektar Fläche, wogegen die 57 000 Hektar des Prinzen von Thurn und Taxis aus Regensburg sich fast bescheiden ausnehmen.

Die Bevölkerung im Süden von Para, im Südwesten von Maranhao und im Norden von Mato grosso sowie in Goia besteht zum grossen Teil aus ehemaligen Landlosen, die in den Urwald gekommen sind, um auf dem ungenutzten Land einen Platz zum leben und arbeiten zu finden. Viele wurden auch durch das 'soziale Reformprogramm' der Regierung dorthin gelockt. Sie erhielten das versprochene Land, nachdem zuvor die Militärs die einheimischen Indianerstämme vertrieben und grossteils ausgerottet hatten.

Die 'Posseiras' (landlose Bauern) kämpften gegen Hunger, Malaria, Moskitos – jahrelang – bis sie das Land fruchtbar gemacht hatten. Dann erschien der soziale Wohltäter, die Regierung, und liess die Bauern brutal durch das Militär von diesem Land wieder vertreiben. Bei dieser 'Landerschliessungsaktion' handelt es sich fast immer um Land, das ausländische Kapitalisten zuvor bereits gekauft hatten.

Das Volk greift zu den Waffen

Ein Volk, das jahrelang unter faschistischer Tyrannei litt, kann viel ertragen. Aber einmal ist genug. Das Volk greift zu den Waffen.

'A Classe operaria', das Zentralorgan der KP do Brasil, berichtet über den grossen Widerhall des bewaffneten Kampfes in der Bevölkerung.

"Das Volk verfolgt die Ereignisse mit grossem Interesse und zeigt in verschiedenen Formen seine Solidarität mit den Kämpfenden. So hat z.B. die Regierung grossen Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, um Führer durch das unwegsame Urwaldgelände zu bekommen. Trotzdem hat sie keine gefunden, denn die Führer sind die Freunde derjenigen, die im Urwald kämpften. Ausserdem würde jeder sein Leben riskieren, der den Reaktionären hilft.

Da sie nun die Sympathie der Bevölkerung für die Partisanen sehen, versuchen die Behörden zu manövrieren. Sie organisierten einen sogenannten Feldzug zur medizinischen Versorgung der Bewohner. Als ein alter Einwohner dieser Gegend ein solches Medizinzentrum verliess, nachdem er Medikamente erhalten hatte, sagte er: "Vielen Dank, Mineirao (so heisst ein Partisanenführer), dass du mir diese Medikamente verschafft hast."

Der bewaffnete Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn die Partei die Gewehre kommandiert, wenn die Kommunistische Partei den bewaffneten Kampf leitet. Das gilt besonders für Brasilien, wo oft genug isolierte 'Stadtguerillas' durch die Faschisten vernichtet und zerschlagen wurden.

Aber die gefährlichste Strömung in der revolutionären Bewegung auch in Brasilien sind nicht putschistische und anarchistische Elemente, sondern die Revisionisten vom Schlage Chruschtschows in der B'K'P (Brasilianische 'Kommunistische' Partei). Sie gehen soweit, sich mit der Diktatur zu arrangieren. Obwohl sie ebenfalls verboten sind, schweigen sie wie die zensierte Regierungspresse über den Befreiungskampf im Süden von Para. Sie hoffen auf das Wohlwollen der brasilianischen Bourgeoisie und auf die Legalität ihrer Partei unter einer 'realistischen' Fraktion der herrschenden Clique. Deshalb reden sie auch in ihrer Presse noch nicht einmal von Diktatur!

Dagegen organisierte die KP do Brasil eine Nachrichtenagentur für das brasilianische Volk, in dem sie über alle revolutionären Bewegungen im Land wie auch über den Befreiungskampf in Para informiert. Das Zentralorgan der KP do Brasil schreibt im Dezember 1972:

"Bis heute traten die Generale die Rechte des Volkes mit Füssen und verübten bestialische Verbrechen, weil sie glaubten, niemand sei fähig, sich erfolgreich zu erheben, um gegen die Tyrannei zu kämpfen. Genau das aber taten die Bewohner im Süden des Staates von Para. Seit 8 Monaten leisteten sie erfolgreich Widerstand.

Wenn dieses Beispiel an vielen Orten bekannt gemacht wird, ist Schluss mit der Reaktion. Die Fahne der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit wird dann überall im ganzen Land wehen. Der energische und entschlossene Kampf allein ist der einzige wahre Weg des brasilianischen Volkes."


A CLASSE OPERÁRIA

PC do Brasil ... Vanguarda Combativa do Proletariado e do Povo Brasileiro

Das illegale Zentralorgan der Kommunistischen Partei Brasiliens



WESTBERLIN:

NIEDER MIT DEM FASCHISMUS IN GRIECHENLAND!

In Westberlin demonstrierten am 3. März über tausend Menschen gegen den faschistischen Terror in Griechenland. Die Genossen der KPD/ML, griechischer, türkischer und irakischer Organisationen und westdeutscher revolutionärer Menschen und Organisationen bewiesen ihre kämpferische Solidarität mit dem heldenhaften Kampf der Antifaschisten Griechenlands. Ihr Protest galt der Ermordung von zwei Studenten bei einer Massendemonstration in Athen. Mit brutalem Terror antworten die griechischen Faschisten auf die seit Beginn des Jahres immer heftiger werdenden Kämpfe gegen die Zwangsrekrutierung revolutionärer Studenten, die sich zunehmend gegen das gesamte faschistische System richten.

Schah und Brandt - Hand in Hand

Der ISV (CISNU)* hat Informationen, dass zur Zeit an persischen Universitäten gestreikt wird. Die iranischen Studenten protestieren damit gegen das Waffengeschäft der USA mit dem Schah, das mit 2 Milliarden Dollar das grösste seit je ist. Sie protestieren dagegen, weil diese Waffen zur Unterdrückung der Völker am persischen Golf eingesetzt werden sollen.

Am persischen Golf, einem der erdölreichsten Gebiete der Welt, schreitet der Volkskrieg rasch voran. In Dhofar musste die herrschende Clique eben erst wieder zugeben, dass ihr angeblich erfolgreicher Säuberungsfeldzug gegen die Befreiungsstreitkräfte von Dhofar gescheitert ist.

Iran hat nun vor kurzem mehrere Inseln im persischen Golf mit Fallschirmjägern und Schnellbooten 'erobert'. Gegen diese kriegerischen Akte im Dienst der Erdölkonzerne protestierten die iranischen Studenten. In Täbris hat die Polizei des Henkers von Persien, Schah Reza Pahlewi, 4 Studenten erschossen. Der Streik der Studenten hat sich zum Generalstreik ausgeweitet.

Die Presse der westdeutschen Imperialisten hat über diese Ereignisse bislang geschwiegen. Mit gutem Grund.

Als Willy Brandt im letzten Frühjahr am Hof des Schahs zu Besuch war, ging es offiziell 'nur' um Wirtschaftsfragen und um die Auslieferung von schahfeindlichen Persern in Westdeutschland. Garantiert war aber auch die Rede von Waffenlieferungen.

Die sozial-liberale Koalition entschied in ihren 'politischen Grundsätzen' von 1971, grundsätzlich keine Kriegswaffen mehr in Länder ausserhalb der Nato zu liefern. Auch wenn das tausendmal bereits als Lüge gestraft wurde, so ist doch interessant, dass unsere "Friedensregierung" ausdrücklich zwei Länder von dieser Bestimmung ausnahm: den Iran und Brasilien. Warum wohl?

Gerade in diesen beiden Ländern befinden sich die grössten überseeischen Kapitalanlagen und Rohstoffinteressen des westdeutschen Imperialismus. (Zu Brasilien siehe nebenstehenden Artikel).

Die Frankfurter Rundschau vom 8.3.73 schreibt: **"An Iran lieferte die Bundesrepublik in jüngster Zeit Sturmgewehre, Maschinengewehre, eine Munitionsfabrik, Panzerabwehraketen und Anlagen zu deren Herstellung sowie einige Minensuchboote in den Jahren 1970 bis 1972."**

Nochmals zu den 'Politischen Grundsätzen' Bonns, die 'grundsätzlich' Waffenlieferungen in Länder ausserhalb der Nato verbieten. Diese 'Grundsätze' werden nämlich durch einen anschliessenden Paragraphen ausser Kraft gesetzt. **"Im Einzelfall können überallhin Waffen geliefert werden, "unter Berücksichtigung der aussenpolitischen Bedürfnisse"**. Und welches diese Bedürfnisse sind, schreibt die bürgerliche Frankfurter Rundschau ganz offen: **"Insbesonders am Beispiel Iran wird darauf verwiesen, dass in diesem Land überragende Bedeutung für die Sicherung der Energieversorgung (Profitversorgung) in der Bundesrepublik (für die Monopole) zukommt.** Die Bundesrepublik ist heute mit 85% der Ölimporte von Lybien, Algerien und Nigeria abhängig. Über die grössten Erdölreserven verfügen aber Iran und Saudi-Arabien..."

Bonn will also die 'Abhängigkeit' westdeutscher Konzerne von fortschrittlichen Regierungen in Lybien und Algerien aufheben. Diese Regierungen lassen ihre Länder nicht mehr derart ausplündern wie es ein Schah-in-Schah für einige Millionen zur Ausschmückung seines Palastes noch bereit ist zu tun.

Deminex, ein von Bonn mit Steuermitteln geförderter Zusammenschluss von westdeutschen Ölkonzernen, befindet sich gegenwärtig in Verhandlungen mit Persien (siehe Handelsblatt 3.3.73)....

Mit westdeutschen Maschinengewehren werden iranische Studenten erschossen, mit westdeutschen Bazookas arabische Erdölquellen erobert.
Wenn Völkermörder Nixon für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde, dann hat ihn auch der Friedenskanzler Willy Brandt zurecht verdient.

* Internationaler Studentenverband der CISNU, einer weltweiten iranischen Studentenvereinigung.

HINWEIS

Dieser Ausgabe des Roten Morgen liegt ein Aufruf des Präsidiums der KPD/ML zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes bei.

BLUT-MAI 1929



Berichte, Dokumente und Erzählungen aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

An jedem 1. Mai werden die Traditionen der Arbeiterbewegung wieder wach, zieht das Proletariat die Lehren aus seinen Siegen und Niederlagen. Eines der bedeutendsten Ereignisse in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geschah am 1. Mai 1929.

Der Blutmai im Wedding war der Tag, als der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörrgiebel die Maidemonstration in Berlin-Wedding zusammenschießen ließ. Dieser Tag hat die Arbeiter aller Länder in größte Empörung versetzt. Er war eine große Lehre, besonders für jene Arbeiter, die immer noch den reformistischen Reden der Sozialdemokratischen Führer auf den Leim gegangen waren.

Der 1. Mai 1929 zeigt auch deutlich, mit welchen Mitteln der Brutalität die Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung vorgeht, wenn sie sich nicht mehr durch ihre Abwiegelungsmanöver aufhalten läßt.

Die Entwicklung seit dem letzten 1. Mai zeigt, daß gerade diese revolutionäre Kraft der Arbeiterbewegung bei uns in der BRD und in Westberlin mächtig voranschreitet. Wir sehen, daß sich die Bourgeoisie gegen diese Kraft rüstet, daß sie ihre Bürgerkriegsarmee ausbaut, daß sie ein Unterdrückungsgesetz nach dem anderen erläßt.

Die Arbeiterklasse muß aus der Vergangenheit ihre Lehren ziehen.
Wenn es noch einen Blutmai geben sollte, dann muß es der Blutmai für die Bourgeoisie sein.

Mit dem ersten Frühlicht des 2. Mai verschwand Kurt aus der Gasse. Man mußte damit rechnen, daß später das Viertel wieder abgeriegelt wurde und jetzt war nichts notwendiger, als Verbindung nach außen zu bekommen, sehen, wie die Stimmung in der Stadt war, sich informieren, um den Leuten in der Gasse einen Bericht zu geben.

An den Zeitungskiosken sammelten sich Arbeiter, die in die Fabriken gingen. Sie rissen den Verkäufern die noch druckfeuchten Blätter förmlich aus den Händen.

„Die Blutschuld der Kommunisten", schrie der „Vorwärts" in fetter Schlagzeile auf der ersten Seite. „Moskau braucht Leichen", das war das „Volksblatt" der „linken" SPD. Die Arbeiter lachten höhnisch: dieselben „Linken", die vorher den Polizeipräsidenten als „Mörder" des 1. Mai bezeichnet hatten. Die Kommunistenhetze feierte Orgien. Mit den SPD.-Blättern kam kein bürgerliches Blatt an Schmähungen und Lügen mit. „Der Louis als Demonstrant", stand über einem sozialdemokratischen Leitartikel. Kurt las die saftigsten Stellen auf dem Bahnhof Wedding den dicht um ihn stehenden Arbeitern vor: „Die Freiheit der Straßendemonstration besteht ... aber nicht für das Gesindel ... das namentlich in den letzten Jahren in Berlin gezeigt hat, daß es keinen Anspruch auf politische, sondern nur Anspruch auf kriminelle Wertung erhebt."

Ein alter, sozialdemokratischer Arbeiter riß ihm die Zeitung mit zornrotem Gesicht aus der Hand, warf sie auf die Erde und trampelte darauf herum. „Strolche, die ... Strolche, die", schrie er immer wieder ... „Leute ... bin ich ein Louis ... sind wir Gesindel, wie?"

Das Stichwort, das in verschiedenen Variationen durch alle SPD.-Zeitungen ging, hatte der sozialdemokratische Pressedienst gegeben: „Moskau braucht Leichen!"

Wie im Fieber versuchte Kurt alle Zeitungen zu lesen, die er kriegen konnte. Kaufen konnte er sie nicht alle. Wo er einen Mann mit einer Zeitung stehen sah, ging er heran und bat ihn, ihm das Blatt einen Augenblick zu geben. Das ist ja alles Wahnsinn! — dachte er nur immer wieder. So viele Lügen gibt es ja gar nicht! Er suchte immer zuerst die Berichte über die Kämpfe in der Gasse.

In einer Zeitung war der Sturmangriff der Polizei auf die Barrikade vor der „Roten Nachtigall" geschildert: „... Auf Kommando stürzten aus den umliegenden Häusern etwa 150 Kommunisten, die Arbeitswagen, fahrbare Umkleideräume, Gasrohre, Steine und Balken zusammenholten und eine fast 2 Meter hohe Barrikade über die ganze Straßenseite errichteten. Das Vorhaben war so gut vorbereitet, daß die Polizei, die knapp 10 Minuten später anrückte, mit wahren Salven empfangen wurde. Hinter der Barrikade hatten etwa 100 Kommunisten Aufstellung genommen, die aus Armeepistolen und Gewehren ein wütendes Feuer eröffneten. Plötzlich krachten auch im Rücken der Beamten Schüsse. Kommunisten hatten die Böden und Dächer besetzt, von wo aus sie unaufhörlich nach unten schossen. — In kurzer Zeit wurden viele hundert Schüsse abgefeuert. Das schwache Polizeiaufgebot mußte sich schließlich auf wenige Minuten zurückziehen und Verstärkungen abwarten ..."

Kurt griff sich fassungslos an den Kopf ... Bei dem ersten Erscheinen der Schupo war überhaupt kein einziger Schuß gefallen. „Hinter den Barrikaden hatten etwa hundert Kommunisten Aufstellung genommen, die aus Armeepistolen und Gewehren ..." Hinter der Barrikade lagen vor dem Angriff zwei Tote, das waren die, die „Salven" geschossen hatten ...!

Er wurde immer verwirrter. Wer schrieb das? Er drehte das Blatt um: — Der „Vorwärts". — Wie ein Fieberkranker taumelte Kurt durch die Stadt. Wenn er einen Polizisten sah, begann er zu zittern — aus Haß!

Er verstand das alles nicht. Warum gingen denn die Menschen so ruhig weiter, als wenn überhaupt nichts geschehen wäre ...? Die Straßenbahnen fuhren wie immer. Die Stadtbahnzüge rollten über die Brücken, unter denen Kurt stand und den hämmernden Lärm der dröhnenden Eisenträger wie eine Musik in der unerträglichen Stille dieses Morgens empfand. — Krachen müßte es, alles müßte krachen, kaputt gehen ...! Warum zerschlagen denn die Arbeiter nicht die Rotationsmaschinen, die diese Lügen ausspeien, warum reden sie denn nur alle und schimpfen und gehen dann, wie jeden Tag, in den Betrieb —?!

Am Oranienburger Tor war eine Zeitungsfiliale. Vor dem Schaufenster standen Menschen und lasen die ausgehängten Morgenblätter. Arbeiter, ein Straßenbahner in Uniform mit der Tasche unter dem Arm, Prostituierte, die keinen zum Schlafen gefunden hatten, Nachtbummler mit hochgeklappten Rockkragen, die nach Zigaretten und Bier rochen ... Kurt drängte sich bis zur Schaufensterscheibe vor. Er hörte gar nicht, daß hinter ihm jemand schimpfte. Wahllos fing er an, irgendwo mitten drin zu lesen: „... Wenn auch die Nervosität der überanstrengten Polizeimannschaften und Offiziere zu verstehen ist, so muß doch die Handhabung des Gummiknüppels vielfach Bedenken erregen. In der Justizverwaltung wurde die Prügelstrafe abgeschafft, nicht zuletzt deswegen, weil sie verrohend auf die Beamten wirkte. Die Polizei hat sie wieder eingeführt und die Folge ist, daß es den Beamten anscheinend Spaß macht, immer feste drauf los zu klopfen. Passanten, die in keiner Weise mit der Demonstration etwas zu tun hatten, die nur der Zufall vorbeiführte, wurden grob angefaßt. Wenn man sich beschwerdeführend an einen Polizeioffizier wandte, wurde, wie es beispielsweise an der Ecke der Turm- und Stromstraße geschehen ist, erwidert: „Wir sind doch keine Juden, wir verhandeln nicht." Der Gummiknüppel sitzt zu locker. Und wenn man sich nicht im Laufschritt entfernte, hatte man bereits einen Schlag bekommen."

Kurt sah auf den Kopf der Zeitung, ein bürgerliches Blatt. Die erste Stimme, die sich vorsichtig gegen die Polizei wandte. Ach, wie dumm war das geschrieben, dachte er, „grob angefaßt" — der Idiot hätte mal bei uns am Wedding sein sollen ...

„Mensch, da haben wir in der „Weißen Maus" nischt von gemerkt", sagte hinter ihm eine fette Stimme. Er drehte sich um. Eine Dunstwolke von Alkohol, Rauch und einem penetranten, widerlichen Parfum umspülte ihn.

„Na, wat denn, Männecken — —?!" sprach ihn ein dicker Herr mit einem roten, schwammigen Gesicht und einem schief in das Gesicht geschobenen, steifen Hut gemütlich an. An dem Mantelaufschlag hing eine weiße, verwelkte Blume. Vor dem Nachtschwärmer stand das müde, graue Gesicht des Arbeiters. Zwischen den entzündeten, übernächtigten Augen sah ihn ein haßerfüllter, halb irrer Blick an. — Sein vollgesoffenes Gehirn begriff nicht, aber dieser starre Blick machte ihn unruhig, störte sein schwankendes, sattes Wohlbehagen.

„Wat is denn los ...?!" brummte er, unangenehm berührt, mit einer vorsichtigen, inneren Abwehr. Er faßte in die Manteltasche und zog eine Hand voll loses Geld heraus.

„Da — Mann! — trinken Sie mal nen Schoppen!" Er hielt ihm ein Geldstück hin. — Kurt sah den silbernen Kreis auf der fetten, wulstigen Handfläche liegen. Im nächsten Moment schlug er dagegen, wie man ein Ungeziefer wegwischt. Mit einem harten, hellen Ton klirrte das Geld auf dem Trottoire, — eine Frau bückte sich schnell danach.

Ohne jemand anzusehen schob er wortlos die Menschen beiseite und ging weiter. „Gesindel ...!" knirschte er und zog die frische Morgenluft ein, um den ekelhaften Geruch dieses Menschen los zu werden.

•

Ueberall war die „Rote Fahne" bereits ausverkauft. Nicht nur die Arbeiter hatten heute darauf gewartet ... Kurt lief durch die Elsässer Straße. Je näher er an den Bülow-Platz kam, desto häufiger wehten rote Fahnen an den Fenstern. Hier wohnten Arbeiter.

Ratternd fuhr ein großes Auto mit Polizisten an ihm vorbei. Sturmriemen herunter, Karabiner in den Händen. Unter der letzten Bank ein Maschinengewehr. Blasse, übernächtigte Gesichter. — Sein Blut hämmerte in den Schläfen. ..

Am Rosenthaler Tor gab es überhaupt keine Zeitungen mehr. Aus einem Restaurant roch es nach warmer Suppe. Ihm fiel ein, daß er gestern früh das letzte Mal gegessen hatte. Später, später ... jetzt hatte er doch keine Ruhe dazu! Ueber den Bülow-Platz fuhr schwankend ein hoch mit Gemüsekörben beladener Lastwagen aus der Markthalle. Vor den kleinen Geschäften standen Leute und sprachen miteinander. Einzelne Arbeiter gingen über den großen, leeren Platz. Hinter der „Volksbühne", dem Sandsteinkasten, lag das „Karl-Liebknecht-Haus", das Zentralgebäude der Kommunistischen Partei. Auf dem Eckturm wehte die große rote Fahne — auf Halbmast. In der Straße vor den rotgestrichenen Schaufensterkästen standen die Arbeiter Kopf an Kopf und lasen die ausgehängten Seiten der „Roten Fahne":

„Heraus aus den Betrieben!
Politischer Massenstreik gegen die Arbeitermörder!
Weg mit Zörgiebel! — Aufhebung des Belagerungszustandes!
Heraus mit den Gefangenen! — Bestrafung der Mörder!

Nehmt in allen Betrieben sofort Stellung! Beschließt den Streik! Wählt Delegierte! Die Vertreter aller Betriebe, Delegierte, Betriebsräte, Funktionäre, erscheinen heute abend, acht Uhr, zur allgemeinen Groß-Berliner Delegierten-Konferenz in den Sophien-Sälen. Kein Betrieb darf fehlen.

10 Tote und 150 Verwundete! — Das proletarische Berlin legt die Arbeit nieder! Ein brodelndes Meer sind heute die Betriebe. Es gibt nicht einen sozialdemokratischen Arbeiter, der den furchtbaren von Zörgiebel angerichteten Mord zu verteidigen wagt. Immer wieder entlädt sich die grenzenlose Wut und Empörung, die in den erregten Gesprächen zum Ausdruck kommt, in der Forderung nach dem unverzüglich auszurufenden politischen Massenstreik.

Inzwischen beginnen die Arbeiter bereits, spontan die Betriebe zu verlassen. Bei Karstadt, am Hermannplatz, hat die Belegschaft heute morgen die Arbeitsaufnahme verweigert. Der Polizeipräsident muß verschwinden — das ist die einhellige Forderung des Berliner Proletariats.

Die Rohrleger und Helfer der Fa. Voltz & Co., Baustelle Eden-Hotel, sowie die Rohrleger und Helfer der Baustelle Dubliner Straße legten heute morgen aus Protest gegen die entsetzlichen Arbeitermorde geschlossen die Arbeit nieder.

Die Belegschaft der Baustelle am Karlplatz, der Fa. Jakobowitz, erhebt den schärfsten Protest und fordert die deutsche Arbeiterschaft auf, sofort in den politischen Massenstreik einzutreten, mit der Forderung der sofortigen Auflösung des gesamten sozialdemokratischen Polizei-Regimes.

Die Baustelle der Fa. Holtzmann nahm heute in der Belegschaftsversammlung, in der 500 Mann anwesend waren, den Beschluß an, sofort als Protest gegen das Mai-Blutbad in den Streik zu treten. Mit dem Gesang der „Internationale" verließen die Proleten den Bau. — Die Notstandsarbeiter des Volksparks traten in Streik. Folgt dem Beispiel!

Hamburg 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.):

Die Belegschaft der Reiherstieg-Werft ist in vierundzwanzigstündigen Proteststreik getreten. Fast alle SPD.- und Reichsbannerarbeiter haben sich dem Proteststreik angeschlossen ..."

Zwischen den diskutierenden Arbeitern stand Kurt und las. Die Buchstaben schwammen durcheinander. Seine müden, entzündeten Augen brannten ... Zum erstenmal wurde er ruhig, ganz ruhig. Jetzt wußte er: alles ging in Ordnung! Die Nacht ist doch nicht umsonst gewesen. —

Als er sich umdrehte und langsam über den Platz zurückging, schämte er sich seiner entsetzlichen Angst, die er vorhin gehabt hatte. Ganz verrückt war er gewesen ... dachte er, wütend auf sich selber! Unterwegs hatte er Arbeiter sprechen hören, die auf die Kommunisten schimpften, die geglaubt hatten, was die Lügenblätter schrieben, daß nur „Ganoven" und „Lumpenproletariat" in der Kösliner Straße und in Neukölln gekämpft hatten. Angst hatte er gehabt, daß alle so denken ... Erst jetzt übersah er, daß es die alte Taktik der SPD. und des Bürgertums war, in jeder Kampfsituation alle wirklich revolutionären Arbeiter als Lumpenproletariat und Verbrecher hinzustellen, um durch Verleumdungen zu verhindern, daß sich die übrige Arbeiterschaft mit den Kämpfenden solidarisiert.

Mit der inneren Ruhe kam eine tiefe Entspannung über ihn. Er fühlte plötzlich, wie müde und hungrig er war, es war mehr eine psychische Reaktion. — Mit der nächsten Straßenbahn fuhr er zurück in die Gasse.

•

In unzähligen Fabriken und Betrieben fanden im Laufe des Tages Protestversammlungen statt. Als erste große Fabrik beschloß die aus 2500 Arbeiterinnen und Arbeitern bestehende Belegschaft der Zigaretten-Werke Manoli, Massary und Josetti den Proteststreik, Transformatoren-Werk Ober-Schöneweide folgte mit 2300 Arbeitern einstimmig den Anweisungen des roten Maikomitees. Die Norddeutsche Kugellagerfabrik schloß sich an. Mittags um 3 Uhr legte die zum größten Teil aus Frauen zusammengesetzte Belegschaft der Schuhfabrik Leiser die Arbeit nieder. Die Arbeiter der Firma Huta kündigten mit 400 Mann Gesamtbelegschaft den Proteststreik für morgen an.

Aus dem Ruhrgebiet meldeten die Zeitungen, daß auf sämtlichen Zechen in Bottrop und Osterfeld am frühen Morgen Flugblätter über die Vorgänge in Berlin verteilt worden waren. Der größte Teil der Bergarbeiter hatte sofort die Arbeit niedergelegt und den Generalstreik gefordert. Eine in Halle einberufene Betriebsräte-Konferenz, auf der 77 Werke vertreten waren, beschloß für Samstag den 24stündigen Proteststreik. Die Bergarbeiter der großen Schachtanlage Thyssen III, in Hamborn verweigerten die Einfahrt. Auf Zeche Prosper II. erzwangen die Bergarbeiter die Stillegung der Schachtanlagen II. und III. Aus allen Teilen des Reiches kamen Meldungen über Proteststillegungen von Fabriken und Betrieben. Auf den Baustellen in Berlin ruhte die Arbeit. Die Betriebsbelegschaft einer ganzen Straße mit fünf Werken stimmte gemeinsam für einen Proteststreik. — Am Abend des 2. Mai fanden allein in Berlin fünfzehn überfüllte Protestversammlungen in den größten Sälen statt. Sämtliche Straßenzellen der Partei tagten. Der Rote Frontkämpferbund und die Rote Jungfront riefen ihre Mitglieder in den Zuglokalen zusammen.

Im Reichstag stimmte die kommunistische Fraktion, nachdem die SPD mit den anderen bürgerlichen Parteien die Behandlung der Mai-Vorgänge abgelehnt hatte, die „Internationale" an und sprengte die Sitzung ... Draußen, in den Straßen Berlins, — schoß die Polizei.

Bei einer Protestdemonstration in Neukölln wurden drei Arbeiter getötet und zwanzig schwer verletzt. Reichswehr und Artillerie waren mobilisiert und standen für die Nacht bereit. Der Kampf ging weiter.

Auszug aus 'Barrikaden am Wedding' von Klaus Neukrantz.



Ernst Thälmann nach dem 1. Mai 1929 in der Kösliner Straße im roten Wedding, Berlin

Aus der Einschätzung des Genossen Thälmann von den Maiereignissen 1929 in Berlin:

War es Zufall, daß bei diesen Maiereignissen die Pogromhetze gegen die Kommunisten vor dem 1. Mai gleichzeitig mit einer Hetze „Moskau ist schuld" verbunden war? Noch viel krasser war dies nach dem 1. Mai der Fall, wo der wahre Zweck des Zörgiebelschen Demonstrationsverbotes noch deutlicher in Erscheinung trat: nach den blutigen Maitagen das Verbot des RFB, der einzigen Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats, der so gewaltige Sympathien nicht nur in Deutschland, sondern im internationalen Proletariat besitzt, das Verbot der „Roten Fahne", die infame Kampagne der Verleumdungen und Drohungen gegen die Sowjetunion.

Diese wenigen Tatsachen zeigen die Absicht der Bourgeoisie und der ihr unterstehenden Staatsorgane. Was sollte die Partei tun, wie mußte die Linie der Partei bei der Durchführung der Maidemonstration sein? Konnte die Partei vor dem Klassenfeind zurückweichen? Keineswegs! Durfte die Partei das wiederholen, was sich am Gedenktage von Rosa und Karl in diesem Jahre in Berlin gezeigt hat? Keineswegs! Sie war verpflichtet, nicht vor dem Klassenfeind zurückzuweichen, sondern solche Methoden des Kampfes in Anwendung zu bringen, die voll und ganz mit unserer revolutionären Politik in Einklang stehen

Rote Hilfe tut not!

Die politischen Prozesse gegen die RAF-Mitglieder, gegen die Heidelberger Studenten, gegen ausländische Arbeiter und Studenten, gegen die Teilnehmer des Roten Antikriegstages usw. usf. haben gezeigt, wie offen die bürgerliche Justiz ihre eigenen Gesetze mit Füßen tritt, wenn es um die Einschüchterung und Unterdrückung jedes Widerstandes und Kampfes gegen das herrschende System geht.

Im letzten Roten Morgen berichteten wir über die weitere Gründung eines Rote-Hilfe-Komitees in Gießen. Wir halten ihr politisches Konzept für besonders korrekt. Es orientiert sich vor allem an den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. So schreibt die Rote Hilfe Gießen über die Rote Hilfe in den 20-iger Jahren:

" Hervorragende Dienste leistete in den 20-iger Jahren die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS. Ende 1926 zählte das proletarische Hilfswerk für die politischen Gefangenen und deren Familien 1 706 Ortsgruppen mit über 164 000 Mitgliedern. Ausserdem hatten sich ihr 417 Vereinigungen



mit 343 000 Mitgliedern kooperativ angeschlossen. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS setzte sich unablässig für die Befreiung der politischen Gefangenen ein. Für eine allgemeine Amnestie sammelte sie im Juli und August 1925 1 078 304 Unterschriften. In 1 973 Fällen stellte die Rote Hilfe (im Jahre) 1926 für politisch Verfolgte Rechtsschutz. Grosse Beträge gab sie für die Unterstützung der politisch Verfolgten und deren Familien aus: 1925 allein 1 415 786 Reichsmark. Dank der proletarischen Hilfsbereitschaft konnte die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS zwei Heime für die Kinder politischer Gefangener oder in den Klassenkämpfen gefallener Arbeiter unterhalten.

Diese Erfolge waren nur möglich durch die grosse Zahl der Roten Helfer. Sowohl einzelne Personen als auch Organisationen und ganze Betriebsbelegschaften schlossen sich in der ROTEN HILFE zusammen.

Wer sich nicht voll für die Rote Hilfe einsetzen konnte, unterstützte sie doch durch einen regelmässigen Mitgliedsbeitrag und durch solidarische Spenden. Erst diese vielen Groschen liessen die genannten Millionen zusammenkommen. Nur weil jeder seinen Nachbarn für die Ziele der ROTEN HILFE gewann, konnte sie mit Hunderttausenden die Amnestie durchsetzen.

Das zeigt schon, auf welche Aufgaben sich die ROTE HILFE heute wieder vorbereiten muss, wenn sie den Anforderungen gerecht werden will, die die Verschärfung der Klassenkämpfe an sie stellt. "

Aus der Studentenbewegung heraus entstanden in vielen Städten sogenannte Rote Hilfen. Diese Organisationen haben schon sehr gute Arbeit in der Betreuung und Unterstützung politisch Verfolgter und Gefangener geleistet. Aber in diesen Gruppen gibt es auch starke organisationsfeindliche Strömungen und Auffassungen, die der Arbeiterklasse und ihrer Partei feindlich gegenüberstehen.

Die KPD/ML arbeitet in solchen Organisationen mit, soweit sie praktische Solidaritätsarbeit leisten. Sie versucht dabei auch, falsche Vorstellungen überwinden zu helfen, die Rote Hilfe müsse 'anstelle einer Partei' aufgebaut werden, sie müsse 'illegal' aufgebaut werden, und Mitglied könne nur sein, wer sich 100%-ig einsetzt. Mit solchen Auffassungen ist die ROTE HILFE zur Isolierung verurteilt, so kann sie sich nicht in der Arbeiterklasse verankern und auch nicht in der revolutionären Strömung im Kleinbürgertum!

Aufgrund der organisationsfeindlichen Auffassungen in vielen Rote-Hilfe-Gruppen wird auch nicht konsequent an den Zusammenschluss in einer einheitlichen Organisation gegangen. Gerade das ist aber besonders notwendig. Auch dafür setzt sich die KPD/ML ein. Solche Anarchisten, die die praktische Unterstützungsarbeit durch ihre Machenschaften sabotieren, gehören nicht in die ROTE HILFE.

Die KPD/ML denkt nicht daran, eine 'eigene' Rote Hilfe als Parteiorganisation aufzubauen und die bestehenden Gruppen zu sabotieren. Die ROTE HILFE muss eine wirkliche Massenorganisation des Proletariats und aller unterdrückten und verfolgten Menschen werden.

Rote Hilfe tut not! Wendet Euch an das Solidaritätskomitee: 'Kampf der politischen Verfolgung', das aktiv den Aufbau einer einheitlichen ROTEN HILFE unterstützt.

Solidaritätskomitee Postlagerkarte
43 Essen 1 A 06 43 76

Freiheit für Genossen B.!

BERICHT DES SOLIDARITÄTSKOMITEES: "KAMPF DER POLITISCHEN VERFOLGUNG"

Der Genosse ist Elektriker von Beruf und hatte, als er nach München zum Antikriegstag 1972 fuhr, seine Einberufung zum Bund in der Tasche. Er hat genau richtig gegen den westdeutschen Militarismus gekämpft und sich aktiv gegen die Kriegstreiber und ihre Helfer zur Wehr gesetzt.

Die Staatsanwaltschaft und das Hohe Gericht wissen, wie rasch sich die antimilitaristische Bewegung in der Jugend und auch in der Bundeswehr entwickelt. Dem Genossen und allen Gleichgesinnten soll ein Denkzettel verpasst werden. Genosse B. wird vor ein Jugendschöffengericht gezerrt, weil er eine Strafe "von mehr als einem Jahr zu erwarten hat" (wie es in der Vorladung heisst). Was hat nun der Jungarbeiter B. verbrochen?

Ganz einfach. Er hat sich zur Demonstration am 2.September in München 'vorsätzlich bewaffnet'. Die Bewaffnung sieht so aus: " ...mit einem über einen Meter langen Holzknüppel, an dessen einem Ende zur Tarnung eine kleine rote Fahne befestigt war." So heisst es wörtlich in der Anklageschrift!

Künftig sollen also keine Demonstrationen unter roten Fahnen mehr stattfinden. Wer eine mit sich führt, ist bewaffnet und erfüllt die Voraussetzungen für den Paragraphen 'besonders schwerer Landfriedensbruch', der nach dem StGB mit Gefängnis zwischen 6 Monaten und 10 Jahren bestraft wird.

Der Genosse wurde verhaftet, als sich am 3.September über 1 000 Demonstranten zu einer Demonstration vor dem Justizgebäude in München aufstellten. Diese Demonstration war für 'illegal' erklärt worden. Tausende Bundesgrenzschützer hatten die Demonstranten umzingelt. Genosse B. wurde herausgegriffen und musste sich öffentlich nackt ausziehen.

So also schützt der Bundesgrenzschutz unsere Grenze. Unter der SPD/FDP-Regierung wurde der Bundesgrenzschutz offen zur Bürgerkriegsarmee umgerüstet. Die Ausbildung – so wurde jetzt durch die Kuhlmann-Affäre überall bekannt – erhalten diese Bürgerkriegstruppen des Kapitals durch Vietnam-erfahrene US-Killer.

Die Methoden des psychologischen Terrors, wie sie gegen Genossen B. angewandt wurden, sind auch den westdeutschen Justizbeamten aus alten braunen Zeiten bekannt. Genosse B. erlebte sie drei Wochen lang in der Untersuchungshaft, in die er gleich nach seiner Verhaftung gesteckt wurde. Wie bei 'staatsgefährlichen Verbrechern' üblich geworden, wurde er in Einzelhaft gesteckt. Auf den Hof wurde er auch einzeln unter besonderer Bewachung ausgeführt. Nachts sollte er durch ständiges Licht-Anknipsen mürbe gemacht werden; die Matrazen wurden ihm weggenommen; und immer wieder Drohungen und Beschimpfungen.

Genosse B. und die anderen verhafteten Demonstranten des Antikriegstages lassen sich nicht mürbe machen. Auch nicht vor den Schranken der Klassenjustiz. Am Dienstag, den 20. März, fand die Verhandlung statt. Wir werden darüber im nächsten Roten Morgen berichten.



ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Liebe Genossen! **Bielefeld, März 1973**

Den Leserbrief in Nr.3/73 über den Kongress 'Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mosambik' möchte ich durch folgenden Bericht ergänzen:

Am 10.Januar fand in Bielefeld eine 'Informationsveranstaltung über die Lage in den portugiesischen Kolonien' statt. Organisiert war diese Veranstaltung vom 'Solidaritätskomitee Südliches Afrika' (ein lokales Komitee), dem viele fortschrittliche Antiimperialisten angehören, in dem aber Gruppen wie MSB Spartakus (D'K'P-Studentenorganisation), SHB, Jusos und Jungdemokraten ihre revisionistische Linie durchsetzen konnten.

Es war u.a. ein Vertreter der Befreiungsbewegung Südafrikas, ANC, eingeladen. In einer Rede entlarvte er, zum Unbehagen der Vertreter des Komitees und der anwesenden Revisionisten, den imperialistischen Charakter der SPD/FDP-Bundesregierung. Nachdem er an mehreren Beispielen aufzeigte, auf welche unverschämte Weise die westdeutschen Kapitalisten die Länder Angola, Guinea-Bissao und Mozambik ausbeuten, sagte er, die SPD/FDP-Regierung sei viel gefährlicher als die frühere CDU/CSU-Regierung, weil sie ihre imperialistischen Absichten viel besser verschleiern könne.

Seitdem SPD und FDP an der Regierung seien, sei die Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges durch die Bundesregierung auf das 5-fache erhöht worden.

Dann machte ein Genosse klar, dass man die unterdrückten Völker Afrikas nicht unterstützen könne, indem man nur Forderungen an die Bundesregierung stelle. Vielmehr müsse man in Westdeutschland die Revolution vorantreiben, um dem Imperialismus den Kopf abzuschlagen.

Bei den ANC-Vertretern fand diese Aussage volle Unterstützung; die Revisionisten erwiderten dem Genossen jedoch, er solle sich vorsehen, dass er sich nicht die Hand dabei verletze u.ä. ...

Wieder einmal zeigten die Revisionisten ihr wahres Gesicht: Die Befreiungsbewegungen unterstützen sie nur in Worten, ihre Taten bleiben darauf beschränkt, Bundesregierung und Kapitalisten zu bitten, die Waffenlieferungen an Portugal und die Ausbeutung der afrikanischen Länder einzustellen.

Rot Front

Treibjagd auf Wieslocher Schüler

Der Kampf um den Freispruch der beiden Wieslocher Schüler, die verurteilt werden sollen, weil sie das Flugblatt der KPD/ML: 'Die Mörder sitzen in Bonn!' verteilt haben, verschärft sich. Gegen die Schüler ist inzwischen Haftbefehl erlassen, Schule und örtliche Presse haben eine wilde Hetze gestartet.

Nachdem der Prozesstermin bereits einmal verschoben wurde, ist auch der zweite angesetzte Termin geplatzt. Die Rote Garde Wiesloch berichtet: "Als der Rechtsanwalt der beiden Genossen, Becker, wegen einer Terminverschiebung mit dem Richter Föhrenbach telefonierte, erfuhr er u.a.: "Das ist doch einfach, wenn die beiden Angeklagten das Flugblatt in Kenntnis des Inhalts verteilt haben, dann werden sie auch verurteilt." Der Antrag des Rechtsanwalts, den Richter wegen Befangenheit abzulehnen, wurde abgewiesen.

Deutlicher kann die Bourgeoisie nicht zeigen, dass ihre Richter nichts anderes sind als Marionetten, die die Befehle der herrschenden Klasse ausführen. Und sie heissen: Unterdrückung der Werktätigen, Niederschlagung der revolutionären Bewegung, vorallem des Kampfes der Kommunistischen Partei.

Und da will die D'K'P glauben machen, in diesem Staat könnten die Massen allein mit legalen Mitteln zu ihrem Recht kommen. **Richtig ist, was im Flugblatt der KPD/ML: Die Mörder sitzen in Bonn, steht:**

"Wer gegen die konterrevolutionäre Gewalt der herrschenden Klasse ist, muss ihr die revolutionäre Gewalt der Arbeiterklasse, des Volkes entgegensetzen."

Aus Protest gegen dieses unverschämte Vorgehen des Richters und weil auch der Termin des neuen Prozesses wieder frühmorgens lag, so dass die Klassenkameraden der beiden Schüler nicht zum Prozess kommen konnten, erschienen auch die beiden Angeklagten nicht. Der Richter erliess bei der Verhandlung Haftbefehl. Aber auch damit waren die beiden nicht vors Gericht zu zerren - sie waren inzwischen untergetaucht (sie werden sich dann stellen, wenn die Öffentlichkeit für diesen Prozess hergestellt ist -RM).

Inzwischen sprangen der Rektor der Schule und einige reaktionäre Lehrer der Klassenjustiz zu Hilfe. Auf einer Elternversammlung sollten die Schüler 'verurteilt' werden, (Wieder unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Eine Gruppe von rund 80 Jugendlichen, die in den Saal wollten, wurde von acht 'Bewachern' und den Fäusten von Lehrern und des Bürgermeisters Mohr zurückgedrängt.

Aber dieses brutale Vorgehen von Justiz und 'Stadtprominenz' hat immer mehr Schülern die Augen geöffnet. Die Solidarität mit den beiden Schülern wächst.

ABLEHNUNG DES RICHTERS FÖHRENBACH!

ÖFFENTLICHE GERICHTSVERHANDLUNG!

FREISPRUCH FÜR DIE BEIDEN WIESLOCHER SCHÜLER!

Kampfveranstaltung in München

München - RM. Am 17.3. fand in München eine Kampfveranstaltung der KPD/ML: Freiheit für die Demonstranten des 2. September statt. Über 200 Menschen waren gekommen. Die Rote Hilfe München gab eine Solidaritätserklärung ab, in der sie dem Kampf der Angeklagten gegen die Klassenjustiz ihre tatkräftige Unterstützung zusagte. 360 DM konnten für die Angeklagten gesammelt werden. Vier der Demonstranten, die sich jetzt vor dem Richter dafür 'verantworten' sollen, dass sie gegen imperialistischen Krieg und Militarismus gekämpft haben, waren anwesend. In ihren Reden und Liedern, die der Agit-Prop-Trupp der Partei vortrug, wurde klar: Hier wird nicht gejammert, hier wird der herrschenden Klasse und ihrer Justiz der Kampf angesagt. Der Kampf vom 2. September gegen die Kriegstreiber geht weiter!

INDIANERAUFSTAND GEGEN US-IMPERIALISMUS:

Folgt ein zweites Attika?

Die 300 Sioux-Indianer, die den Handelsposten Wounded Knee besetzt halten, haben sich auf keinen der betrügerischen Kompromissvorschläge der US-Regierung eingelassen. Sie lassen sich auch nicht von dem waffenstarrenden Ring einschüchtern, den die Bundespolizei wieder um den Ort gezogen hat. Sie sind entschlossen zu bleiben, bis ihre Forderungen vollständig erfüllt sind.



Sioux-Indianer kampfentschlossen bis zum Sieg

Der erste Abzug der Bundespolizei war nur ein Manöver, dass die Indianer glauben machen sollte, man würde ihnen entgegenkommen. Nichts davon geschah. Nicht einmal die Forderung der Sioux nach Absetzung einiger durch und durch korrupter Beamter des 'Büros für indianische Angelegenheiten' wurde erfüllt.

Inzwischen bereitet sich die amerikanische Regierung vor, mit brutaler Gewalt die Indianer niederzuschlagen. Mit Panzern, Granatwerfern und Maschinengewehren bewaffnet hat die Bundespolizei einen waffenstarrenden Ring um den besetzten Handelsposten gezogen.

Sie planen ein zweites Attika. In Attika hatten 1971 6000 schwerbewaffnete Soldaten eine Häftlingsrevolte (gegen die mörderischen Zustände im Gefängnis) niedergeschossen. Genau wie in Attika wollen die US-Kriegsverbrecher in Wounded Knee ein Exempel statuieren. Ein Exempel, das nicht nur den rebellierenden Indianern gilt, sondern allen unterdrückten Minderheiten in den USA, den Negern, den Chitanos (Mexikoamerikaner), den Puertoricanern und den Asiaten. Diese Minderheiten sind die Einwohner der riesigen Slums der Grossstädte, die bilden den grössten Teil der Armee der Arbeitslosen, der billigsten Arbeitskräfte für die härtesten und dreckigsten Arbeiten.

Mit Panzern und Maschinengewehren gegen 300 mit wenigen Gewehren und Molotowcocktails bewaffnete Indianer. Warum?

Die Indianer sollen niedergewalzt werden, weil die herrschende Klasse Amerikas vor Angst schlottert. Diese Aktion der militanten Indianer könnte ein Fanal werden, ein Fanal für weitere Revolten nicht nur der Indianer, sondern auch der Chitanos, der Neger und der Puertoricaner.

Aber das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen. Das indianische Volk ist aufgewacht, es folgt dem Beispiel seiner schwarzen Brüder und lernt aus seinen Kämpfen.

Es begann mit der Besetzung der Insel Alcatraz 1969, die den Indianern per Vertrag zugesichert worden war, aber nie übergeben wurde. Über anderthalb Jahre hielten Indianer der verschiedensten Stämme diese Insel besetzt, bis sie der Gewalt der Gewehre weichen mussten. Seitdem hat das indianische Volk nicht aufgehört, für sein Recht zu kämpfen. 370 solcher Verträge sind abgeschlossen worden. Kein einziger wurde eingehalten.

Die Indianer von Wounded Knee sind sich ihrer militärischen Niederlage im Falle eines Angriffs der Bundespolizei bewusst. Selbst wenn sie sich ergeben würden, würde man sie einzeln aburteilen, der FBI hat vorsorglich alle fotografiert. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Urteile vorzustellen. Die Indianer wissen das, sie haben keine Illusionen. "Wir tun das, was wir schon bei der vorigen Blockade taten – uns auf den Tod vorbereiten", sagte Russel Means, einer der Führer der Indianer, Leiter der Organisation 'American Indian Movement'.

Der Tod schreckt sie nicht, denn sie wissen, ihr Tod würde niemanden abschrecken, weiterzukämpfen, sondern die Flamme der Empörung und des Hasses nur noch stärker schüren, bis die Bestie USA-Imperialismus in dieser Flamme zu Asche zerfällt!
Es lebe der heldenhafte Kampf des indianischen Volkes gegen den US-Imperialismus!

"Devisenausgleichszahlungen"

Lohngroschen für US-Besatzer?

Im April beginnen die Verhandlungen über die neue Höhe der 'Devisenausgleichszahlungen' des BRD-Imperialismus an die USA. 1971 wurden für die Dauer von zwei Jahren 6,65 Milliarden DM vereinbart. Durch den Abwertungseffekt des Dollar gegenüber der DM wird sich diese Summe auf etwa 8,5 Milliarden DM erhöhen. Beide Seiten beginnen jetzt ein Klagegeschrei, um die Summe zu ihren Gunsten hinauf oder hinunter zu feilschen. Beide Seiten sind sich aber darin völlig einig, dass das 'amerikanische Verteidigungsengagement in Europa' auf keinen Fall abgebaut werden soll.

Das Bündnis zwischen BRD-Imperialismus und US-Imperialismus ist keineswegs 'bedroht', wie manche bürgerlichen Zeitungen schreiben. "Grundlage unserer Sicherheit bleibt die Atlantische Allianz. Sie gibt uns auch den Rückhalt für unsere Politik der Entspannung nach Osten", so hiess es in Brandts Regierungserklärung und so ähnlich formuliert es auch Rüstungsminister Leber in seinem Vortrag am 8.März vor der Bonner Schwatzbude zum Verhältnis zu den USA und der Sowjetunion: "Die Sicherheit Westeuropas aber bleibt ungeachtet der nuklearen Parität zwischen USA und Sowjetunion auf die nuklear-strategische Abschreckung durch die Vereinigten Staaten begründet, zwar unter Einbeziehung erheblicher amerikanischer Streitkräfte in Europa."

Von dem demagogischen Sicherheitsgeschwätz befreit, heisst das nichts anderes als: Nach wie vor braucht der westdeutsche Imperialismus die amerikanischen Truppen in Westdeutschland für die Verwirklichung seiner Revancheabsichten.

Er braucht diese Allianz, um andere westeuropäische Länder einzuschüchtern, z.B. Dänemark und Belgien, die abrüsten wollen und dasselbe auch von der NATO verlangen. Er braucht dieses Bündnis, um sich an der Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der sogenannten dritten Welt zu beteiligen, und schliesslich auch zur Bekämpfung der Revolution im eigenen Land. Das letztere hat sich wieder durch das geplante Wintex-Manöver bestätigt, dem eine 'Notstandsübung der NATO' in der BRD angegliedert werden soll.

Auf Grund dieser Abhängigkeit muss der BRD-Imperialismus nach wie vor in vielen Fragen den Diener der US-Imperialisten in Europa spielen. Aber er hat heute unzweifelhaft bessere Bedingungen, um in dieser Allianz seine Interessen durchzusetzen. Das hat sich auch in der BRD-Politik gegenüber der Dollar-Krise gezeigt.
Darum wird es bei den Verhandlungen auch keine Grundsatzdiskussionen geben, sondern nur Preisfeilscherei.

Die D'K'P unterstützt mit ihren Antiamerikavorschlägen' diese 'Selbständigkeitsbestrebungen' des BRD-Imperialismus! Keine UZ der letzten Wochen seit der Währungskrise ohne 'Tadel' an der 'laschen' Amerikapolitik der BRD-Regierung. Schmidt war der UZ längst nicht hart genug, viel zu lange hat er ihrer Meinung nach den Dollar gestützt, usw. usw.

Nun, wir sind auch nicht für diese Stützungskäufe, weil sie aus den Werktätigen wieder herausgepresst werden, aber wir sind auch nicht für soundsoviele Millionen weniger, wir sind ganz und gar gegen das US-BRD-Bündnis, wir bekämpfen dieses Bündnis gegen das deutsche Volk und die anderen Völker der Welt ohne Einschränkungen.

Der Standpunkt der D'K'P ist ein durch und durch bürgerlicher Standpunkt, er kommt genau aus der chauvinistischen Ecke: "Wir sind wieder wer, wir konnen es uns erlauben, wir sind auch ohne die Amerikaner stark genug." Die D'K'P macht sich damit zum Agenten deutscher Grossmachtinteressen in der Arbeiterklasse.

Die KPD/ML stellt dieser chauvinistischen Demagogie den Kampf unter den Parolen entgegen:

NIEDER MIT DER NATO!

AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!



JEDER AMERIKANISCHE SOLDAT kostet während seiner Stationierung in der Bundesrepublik den Steuerzahler 45 DM pro Tag. Kein Wunder, daß um solche hohen Beträge mit schöner Regelmäßigkeit hart verhandelt wird. Die Alternative allerdings: Wenn du nicht zahlst, dann gehe ich, wird es dabei nicht geben. (Text und Bild aus den Kieler Nachrichten vom 9.3.73). Foto: dpa

NIEDER

MIT DER NATO!



KPD/ML

NIEDER

MIT DEM WARSCHAUER PAKT!

Aufkleber der KPD/ML gegen Kriegsübungen

Kontaktadresse:

DEMONSTRATION GEGEN US-TRUPPEN

700 Menschen aus dem Raum Nürnberg demonstrierten vor der US-Botschaft in Bonn und vor dem 'Verteidigungsministerium' auf der Bonner Hardt-Höhe. Sie protestierten gegen den Plan der US-Truppen und Rüstungsminister Lebers, im Naherholungsgebiet der Stadt Nürnberg bei Feucht einen Truppenübungsplatz für die US-Truppen einzurichten.

80000 Einwohner Nürnbergs hatten eine Resolution unterschrieben, in der es heisst, dass sie notfalls um jeden Baum kämpfen werden. **Eine Bürgerinitiative drohte härtere Massnahmen an, falls die Demonstration nichts bewirken sollte. So ist geplant, mit einer Autodemonstration am Wochenende das Nürnberger Autobahnkreuz zu blockieren.**

Aufgeschreckt durch die breite Empörung der Bevölkerung, versuchten SPD- und FDP-Stadtabgeordnete, dem Kampf die Spitze abzubiegen. 'Aus 'städtebaulichen und raumplanerischen Gründen' empfehlen sie den Amis einen anderen Standort in der Nähe von Ansbach.

Aber auch dort hagelt es inzwischen schon Proteste. **Die Bevölkerung hat nämlich nirgends Verständnis für die 'Verteidigungsaufgaben' des atlantischen Bündnispartners' in Westdeutschland. Überall stossen die US-Kriegstruppen auf Widerstand.**

So auch in der Nähe von Mainz. Hier wollen die Besatzertruppen den Oberolmer Wald abroden, die Bundeswehr den Lenneberger Wald. Diese beiden Waldstücke sind die einzigen Wald-Naherholungsgebiete in der Umgegend von Mainz. In ganz Rheinhessen hagelte es deshalb Proteste, als diese Absichten bekannt wurden. Um das Gesicht nicht vollends zu verlieren, musste sich auch hier das Stadtparlament mit den Protesten befassen. SPD-Oberbürgermeister Fuchs spuckte anfangs grosse Töne, zog aber bald wieder den Schwanz ein, als Parteikumpan und Rüstungsminister Leber ihn an die 'verteidigungspolitischen Belange' erinnerte. Inzwischen ist ihm 'klar geworden', dass es 'um die Präsenz der Amerikaner in der BRD überhaupt geht.'

Diese spontane Bewegung gegen Neueinrichtungen von US-Truppenplätzen und gegen bestehende Truppenübungsplätze hat noch nicht das klare Ziel: US-Truppen raus aus Deutschland. Sie zeigt aber die Entschlossenheit der Werktätigen, sich gegen die gierigen Hände der Militaristen zu wehren.



Protest gegen US-Truppenübungsplatz: Nürnberger in Bonn

AUFRUF
des Präsidiums der KPD/ML
zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes

Erklärung des Präsidiums der KPD/ML

Die internationale Vietnamkonferenz von Paris hat die Ergebnisse des Waffenstillstandsabkommens für Vietnam bestätigt. Die Versuche des US-Imperialismus, das Waffenstillstandsabkommen zu seinen Gunsten aufzuweichen, wurden erfolgreich zurückgewiesen. So ist auch das Ergebnis dieser Konferenz ein weiterer Sieg für das vietnamesische Volk und alle gegen den Imperialismus kämpfenden Völker.
Tatsächlich werden die Verpflichtungen des Abkommens vom US-Imperialismus und der von ihm ausgehaltenen Saigoner Marionetten-Regierung nicht eingehalten. Die blutige Terrorherrschaft über die Bevölkerung in den südvietnamesischen Gebieten, die noch unter der Herrschaft der Marionetten-Regierung stehen, zeigen dies ebenso wie die ständigen Überfälle auf die befreiten Gebiete Südvietnams. Die US-Regierung deckt und fördert nicht nur diese Verbrechen. Sie droht bereits wieder offen mit der militärischen Aggression gegen das vietnamesische Volk, falls die Lage für die Faschisten-Herrschaft Thieus aussichtslos wird. In Laos und Kambodscha setzen sie ihre militärische Aggression ohne Unterbrechung fort. Wenige Stunden, nachdem sich die US-Regierung zum Waffenstillstand und zur Einstellung der Bombardierungen bereit erklärte, setzten sie ihre Aggression gegen das laotische Volk mit riesigen Bombardements fort. Das bestätigt erneut die ganze Heimtücke und Verlogenheit des US-Imperialismus. Er will seine Herrschaft "indirekt" über die Marionettenregierung in Südvietnam, Laos und Kambodscha aufrechterhalten. Er greift weiter zur offenen militärischen Aggression gegen die Völker Indochinas, wenn er sieht, daß seine Marionetten von der Macht des Volkes hinweggefegt werden.

Bis zum endgültigen Sieg

Aber der US-Imperialismus wird an dem Widerstand der Völker Indochinas scheitern. Je länger er die Aggression fortsetzt, desto härtere Niederlagen wird er einstecken, bis zu seiner restlosen Verjagung. Diese ausgezeichnete Lage für die Völker Indochinas kann auch durch das verstärkte Eingreifen anderer imperialistischer Mächte nicht rückgängig gemacht werden. Auch wenn Japan, Frankreich, Westdeutschland usw. unter dem Tarnmantel der Wiederaufbauhilfe antreten, die Völker Indochinas lassen sich nicht täuschen. Sie wissen, daß diese Mächte nur dem schwer angeschlagenen US-Imperialismus zur Hilfe eilen und die imperialistische Herrschaft fortsetzen wollen. Ihnen allen wird es so ergehen wie dem US-Imperialismus. Die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha werden sich von den imperialistischen Räuberbanden restlos und für immer befreien.


Kämpfer der vietnamesischen Befreiungsfront rücken vor.

Auch der sowjetische Sozialimperialismus versucht verstärkt sein Einflußgebiet auszudehnen und die Völker Indochinas unter seine Herrschaft zu zwingen. In trauter Einheit mit den anderen imperialistischen Staaten tritt er immer offener gegen den Befreiungskampf der Völker auf. Er spricht davon, daß der "Kriegsherd gelöscht" ist, und versucht den Sieg der Völker zu verhindern, um ähnlich wie im Nahen Osten einen Zustand "Weder Krieg noch Frieden" zu schaffen. So sieht er die beste Möglichkeit, sich als unentbehrlicher Schutzpatron und Hüter des Weltfriedens auszuspielen, um unter dieser Maske in Indochina vorzudringen. Aber auch der sowjetische Sozialimperialismus wird mit diesen hinterhältigen Plänen scheitern. Das zeigt bereits deutlich der siegreiche Kampf der kambodschanischen Volksbefreiungskräfte. Weder dem Bombenterror der US-Imperialisten noch die Rückendeckung für die faschistische Lon-Nol-Bande durch die Zaren im Kreml konnte den Freiheitskampf brechen. Im Gegenteil, er schreitet siegreich voran. Heute sind 90% des kambodschanischen Territoriums mit 5 1/2 von 7 Millionen Einwohner von imperialistischer Herrschaft befreit.

Die Wachsamkeit erhöhen !

Je mehr der US-Imperialismus seine barbarischen Terrorangriffe auf das vietnamesische Volk verstärkte, desto stärker wuchs in aller Welt die Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk. Sie trug mit dazu bei, daß der US-Imperialismus sich zur Einstellung seiner Aggression und zum Rückzug seiner Truppen aus Vietnam verpflichten mußte. Jetzt, nach dem Waffenstillstand, versuchen verstärkt bürgerliche Demagogen, die sich in die Solidaritätsbewegung eingeschlichen haben, den Eindruck zu erwecken, als ob Solidaritätsbewegungen nicht mehr nötig seien, weil "der Kriegsbrand ja gelöscht ist". Lassen wir uns von diesen Abwieglern nicht verwirren. Solange die US-Imperialisten und die anderen imperialistischen Mächte nicht endgültig von den Völkern vertrieben sind, solange gibt es keinen wirklichen Frieden, solange werden die Völker weiterkämpfen, solange ist unsere kämpferische Solidarität nötig.

Fehler wurden gemacht

Die KPD/ML hat sich in Westdeutschland und Westberlin an zahlreichen Solidaritätsaktionen mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk beteiligt und selbst eine Reihe von Aktionen gegen den US-Imperialismus angeleitet. Trotzdem hat sie in den meisten Städten diese Solidaritätsbewegung nicht angeführt.

An der Politik der Partei hat es zahlreiche Kritiken gegeben, vor allem daran, daß sie nicht alle Kräfte einsetzte, um die Arbeiterklasse hier in Westdeutschland und Westberlin gegen den US-Imperialismus zu mobilisieren.

Welche Fehler hat die Partei tatsächlich gemacht, wo muß sie Selbstkritik üben, wie können Fehler überwunden werden, um die Kampffront für das vietnamesische Volk besser zu stärken und zusammenzuschließen? Die Partei hatte zur Unterstützung des kämpfenden vietnamesischen Volkes die Richtlinie ausgegeben:
1. Eine breite einheitliche Solidaritätsbewegung schaffen mit allen Kräften, die solidarisch mit dem vietnamesischen Volk sind und ehrlich gegen die Verbrechen des US-Imperialismus ankämpfen wollen. Bedingung für eine Aktionseinheit ist nicht, daß alle unsere kommunistischen Losungen übernehmen. Bedingung ist allerdings die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda, die Möglichkeit für unsere Partei, revolutionäre kommunistische Losungen und Zielsetzungen zu propagieren. Mit den größten Spaltern der Arbeiterbewegung und den Feinden des Sozialismus, mit den modernen Revisionisten der D"K"P und den trotzkistischen Organisationen der 4. Internationale gehen wir keine Aktionseinheit ein.
War diese Ausrichtung der Vietnambewegung falsch? Auch wenn es wegen dieser Fragen immer noch Meinungsverschiedenheiten zu vielen Organisationen gibt, diese Linie unserer Partei war und bleibt korrekt.
Aber die Partei hat dennoch eine Reihe von Fehlern gemacht, die überwunden werden müssen. Die Verantwortung dafür trifft zuerst die Leitung der Partei, ZK und Präsidium. Sie ergriffen nicht entschlossen genug die Initiative für einheitliche Aktionen aller revolutionären Kräfte gegen den US-Imperialismus in ganz Westdeutschland und Westberlin und kämpften nicht beharrlich genug für einheitliche zentrale Demonstration. Sicher, die Einheit wird sabotiert, wenn Losungen und das das Zentralorgan zerfetzt, wenn Genossen von Führern der "KPD" AO angegriffen werden. Und es erschwert eine Einheit, wenn die Partei zu Aktionseinheit nicht rechtzeitig eingeladen wird, wie zum Beispiel bei der zentralen Vietnamdemonstration in Bonn. Gerade bei solch unsolidarischem und spalterischem Vorgehen muß die Kommunistische Partei entschlossen und energisch für die Überwindung der Hindernisse eintreten. Nicht dadurch erkämpft man einheitliche Aktionen, daß man eine Provokation einer anderen Organisation zum Anlaß nimmt, lange Zeit mit ihr über gemeinsame Aktionen gar nicht mehr zu sprechen, sondern indem man die ehrlichen Genossen und Kollegen von der Schädlichkeit des spalterischen Vorgehens überzeugt, es entlarvt und immer wieder die Initiative für einheitliche Aktionen ergreift. Wenn die Partei zu Aktionseinheiten nicht eingeladen wird, ist dies kein Anlaß, abseits zu stehen oder nur mit halber Kraft eine Demonstration zu organisieren, im Gegenteil, dann muß mit doppelter Kraft für einheitliche Aktionen aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte eingetreten werden. Sonst erweisen wir nur denen einen guten Dienst, die tatsächlich an der Zersplitterung der antiimperialistischen Kräfte interessiert sind

Stärkt die revolutionären Vietnamkomitees

In einzelnen Orten hat die Partei die Möglichkeit eines breiten Zusammenschlusses aller Kräfte nicht gewissenhaft geprüft, man tat fast so, als könne nur die Partei das vietnamesische Volk unterstützen. Diese Fehler müssen selbstkritisch überwunden werden. Die Partei wird zur Unterstützung der Völker Indochinas stärker als bisher die Initiative ergreifen. Sie wird überall dort wo es antiimperialistische Komitees zur Unterstützung der Völker Indochinas gibt, eine Arbeit in den Komitees anstreben bzw. dort, wo dies noch nicht möglich ist, für eine Aktionseinheit kämpfen.
In Westdeutschland und Westberlin bilden die Vietnamausschüsse, die im "Nationalen Vietnam-Komitee" in Bonn zusammengeafßt sind, gegenwärtig an vielen Orten eine Grundlage zur Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes. Deshalb ruft das Präsidium die Genossen der Partei und der Massenorganisationen auf, in diesen Vietnamausschüssen tatkräftig mitzuarbeiten. Wir sind sicher, daß die zum Teil noch bestehende Behinderung der Propaganda unserer Partei durch solidarische Mitarbeit unserer Genossen und ihre Überzeugungsarbeit in den Vietnamausschüssen überwunden werden kann. Die Partei wird darüber hinaus für eine Einheit auf revolutionärer Grundlage mit den anderen Vietnamkomitees kämpfen.
Die Linie der Partei, mit den modernen Revisionisten der D"K"P keine Aktionseinheit einzugehen, hat sich klar als richtig erwiesen. Diese Auffassung setzt sich auch in der revolutionären Bewegung Westdeutschlands und Westberlins immer mehr durch. Auch Organisationen, wie der Zirkelblock um das NRF, die mit der D"K"P eine Einheit anstrebten und deshalb auf eine Entlarvung des Sowjetimperialismus verzichteten, mußten erleben, daß eine Einheit nur bei vollständiger Kapitulation gegenüber der D"K"P möglich gewesen wäre.

Isoliert die Feinde

Trotzdem stößt die Partei mit ihrer Linie immer noch auf Unverständnis in den Reihen der revolutionären Kräfte. Dies zeigt, daß die modernen Revisionisten von vielen noch immer nicht als Feinde der Arbeiterbewegung und der Revolution erkannt werden. Deshalb müssen wir die Aufklärungsarbeit über die antikommunistischen Ziele der D"K"P noch mehr verstärken. Hier reicht es nicht, einfach den modernen Revisionisten ihr Spalter- und Verräterwesen als Ettikett anzukleben; vielmehr muß dies genau erklärt werden. Auch in der Vietnambewegung tritt der Verrat der modernen Revisionisten an der Revolution und am Sozialismus offen zutage. Zwar wagen sie nicht mehr, wie in den sechziger Jahren, die Fahnen der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL) herrunterzureißen und imperialistische Demagogen wie die Kennedys und den Papst als Friedenskämpfer zu feiern. Aber sie stellen sich nur scheinbar hinter das kämpfende vietnamesische Volk. Gleichzeitig verbreiten sie die unverschämte Lüge, die Vietnamesen würden die Losung "Sieg im Volkskrieg" in Westdeutschland als spalterisch bezeichnen. Die vietnamesischen Genossen haben diese Unterstellung eindeutig zurückgewiesen. Es ist völlig klar: diejenigen, die gegen die Losung "Sieg im Volkskrieg" Sturm laufen, sind gegen den Sieg im Volkskrieg, sind gegen die Befreiung der Völker vom Joch des Imperialismus. Und sie laufen deshalb gegen diese korrekte Losung an, weil sie wissen, daß der Sieg im Volkskrieg auch eine praktische Widerlegung ihres demagogischen Geschwätzes vom friedlichen Übergang ist, mit dem sie hier in Westdeutschland die Arbeiterklasse in die Irre führen wollen. Die Partei wird weiter dort, wo die Vietnambewegung noch unter dem Einfluß der

D"K"P steht, verstärkt in der Bevölkerung den Verrat der modernen Revisionisten entlarven. So haben z.B. die wütenden Angriffe von D"K"P-Führern auf die Transparente "Sieg im Volkskrieg" und "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch" bei der Vietnamdemonstration in Dortmund, einer Reihe von Kollegen gezeigt, dass die D"K"P-Führer keine Kommunisten sind und auf der anderen Seite der Barrikade stehen.
Aber es reicht bei weitem nicht aus, erst dann aufzutreten, wenn die D"K"P bereits Demonstrationen durchführt. Auch die Vietnambewegung zeigt, daß wir den entschiednende Schlag gegen die modernen Revisionisten nur dort führen können, wo sie bereits ihre Anhänger und Teilnehmer für Demonstrationen gewinnt: in den Betrieben, Stadtvierteln, Schulen und Universitäten. Hier können und müssen wir den antiimperialistischen Kräften deutlich machen, daß die D"K"P den revolutionären Befreiungskampf der Völker ebenso verrät, wie sie heute den tagtäglichen Klassenkampf abwiegelt und im Interesse des westdeutschen Imperialismus gegen die sozialistische Revolution auch in Deutschland ankämpft.

Konsequenter Internationalismus !

Während die US-Imperialisten ihren Bombenterror gegen das vietnamesische Volk wie nie zuvor verstärkten und die Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk auch in unserem Land ungeheuer anschwoll versuchten die Stahlbarone und Gewerkschaftsbonzen gerade den Schandabschluß in der Metalltarifbewegung gegen den Widerstand der Stahlarbeiter durchzustzen. In dieser Situation mobilisierte die Partei ihre Kräfte zur Unterstützung des Kämpfer der Metaller, gegen diesen Schandabschluß. Gerade dort, wo die Kräfte der Partei noch schwach sind, stellte sich für viele Genossen die Frage, wie konnten sie den Kampf der Stahlarbeiter und die Vietnambewegung gleichzeitig durchgeführt und erfolgreich einander verbunden werden?
miteinander verbunden werden?
In dieser Situation hat die Partei die Verbindung von proletarischem Internationalismus und Klassenkampf im eigenen Land nicht überall konsequent angepackt.


Sieg im Volkskrieg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch! Das ist die Leninsche Losung, unter der in aller Welt die Revolutionäre gegen den Imperialis-


Klassenkampf im eigenen Land

mus kämpfen. Denn das Endziel ist das gleiche: Befreiung der Völker vom Joch des Imperialismus und der Lohnsklaverei. Über die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats in jedem Land vorwärts zur klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft in der ganzen Welt. Deshalb ist für Kommunisten die Unterstützung aller Völker im Kampf gegen den Imperialismus eine selbstverständliche Pflicht, der proletarische Internationalismus ein grundlegendes kommunistisches Prinzip. Die Partei gab die Linie aus: "Sieg im Volkskrieg - Klassenkampf im eignen Land!" Immer war es ein Zeichen der revisionistischen Entartung, wenn kommunistische Parteien den Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus nicht unterstützten. Immer war es eine fadenscheinige opportunistische Begründung, daß dieser Unterstützung angeblich dem Klassenkampf im eigenen Land im Wege stände oder von den Proletariern nicht verstanden würde.

Tod dem Imperialismus !

Im Kampf gegen den Imperialismus kämpfen die Völker Schulter an Schulter. Jeder revolutionäre Schlag gegen eine imperialistische Macht ist zugleich ein Sieg für alle Völker. Die wichtigste Aufgabe für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten ist es, den entscheidenden Kampf gegen den Feind im eigenen Land zu führen und die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen. Aber der Klassenkampf im eigenen Land darf nicht zur Ausrede werden, Solidaritätsbewegungen mit dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus nicht zu unterstützen.
Tatsächlich ist die antiimperialistische Bewegung mit den gegen den Imperialismus kämpfenden Völkern auch eine wichtige Schule des Klassenkampfes im eigenen Land. Gerade dort, wo der Imperialismus seine Ausbeuterherrschaft noch hinter der "Demokratischen Fassade" verschleiert, erkennen viele an den Kämpfen in der dritten Welt zum ersten Mal, wie verlogen das Gerede der Imperialisten von Freiheit und Demokratie ist und zu welchem Terror der Imperialismus fähig ist. Hier sehen viele zum ersten Mal ein, daß den gegen den Imperialismus kämpfenden Völkern nichts anderes übrigbleibt, als mit der Waffe in der Hand bis zum Sieg zu kämpfen. Hier wird vielen zum ersten Mal klar, daß der Verzicht auf revolutionäre Gewalt Kapitulation, "friedliches Abschlachten", Verewigung der Sklaverei bedeutet.
Nur die Imperialisten haben ein Interesse daran, zu verbreiten, daß der Kampf Vietnams mit dem Klassenkampf in unseren Land nichts zu tun hat. Der US-Imperialismus versucht nicht nur in Vietnam und der dritten Welt die Völker niederzuhalten! Die gleiche Aufgabe übernimmt er auch bei uns. Die US-Besatzungstruppen in Westdeutschland haben ebenso wie die sowjetischen Besatzungstruppen in der DDR die Aufgabe, das deutsche Volk und die Völker Europas niederzuhalten. In Westdeutschland wird der US-Imperialismus nicht weniger grausam und blutig vorgehen, wenn er sieht, daß die Herrschaft der Ausbeuter ins Wanken gerät.
Der westdeutsche Imperialismus versucht sich selbst ein friedliches Bild zu geben. In Wirklichkeit aber gibt es keinen friedlichen Imperialismus, auch der westdeutsche Imperialismus ist aus dem gleichen Holz geschnitzt: Für höheren Profit, für Aufrechterhaltung und Ausdehnung seiner Herrschaft ist ihm kein Mittel zu schlecht, kein Krieg zu grausam.



Er steht nicht nur fest auf der Seite der US-Imperialisten er finanziert nicht nur aus den Steuergeldern, die er aus den werktätigen Massen herauspresst, die Aggressionen der US-Imperialisten gegen die Völker.
Er betreibt die gleiche Politik. Hinter der "demokratischen und friedlichen Fassade" steckt das gleiche System, der Imperialismus. Die deutsche Arbeiterklasse hat die Erfahrung gemacht, daß die Krupps und Thyssen für ihren Profit schon zweimal die Völker Europas überfallen haben, daß die herrschende Klasse die Fassade von "Freiheit und Demokratie" schon einmal fallen ließ und die offene blutige Diktatur des Faschismus errichtete. An diese Erfahrung muß erinnert werden. Es gilt auch heute:

Der Imperialismus geht immer schwanger mit Faschismus und Krieg. Das zeigte sich in Deutschland vor 30 Jahren, das zeigt der US-Imperialismus heute in Vietnam; das wird sich wieder in Deutschland zeigen, wenn nicht das Volk die Gewalt-Herrschaft des Imperialismus mit Gewalt beseitigt.

Sieg im Volkskrieg - Klassenkampf im eigenen Land !

Hoch die internationale Solidarität!

Tod dem westdeutschen Imperialismus! **Es lebe die proletarische Revolution!**

AUFRUF

Aufruf des Präsidiums der KPD/ML zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes.
1. Die US-Imperialisten und die Saigoner Marionettenregierung brechen tagtäglich das Waffenstillstandsabkommen. Ihre Propaganda und auch die bürgerliche Presse in Westdeutschland und Westberlin verbreiten dagegen die Lüge, die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams und die Regierung der DRVietnam würden das Abkommen verletzen. Mit dieser Verfälschung der Wahrheit sollen die jetzigen Verbrechen der US-Imperialisten und ihrer Lakeien entschuldigt werden und neue, größere Verbrechen vorbereitet werden. Die vietnamesischen Genossen haben uns gebeten, dieser imperialistischen Lügenpropaganda in Westdeutschland entgegen zu treten. Das Präsidium der KPD/ML ruft alle Genossen der Partei, der Roten Garde und des KSB/ML und alle fortschrittlichen Menschen auf, noch stärker als bisher der bürgerlichen Lügenpropaganda entgegenzutreten und die Verbrechen der US-Imperialisten aufzudecken. Im Roten Morgen in allen Betriebs- und Stadtteilzeitung der Partei, bei der gesamten Agitation und Propaganda im Betrieb und Stadtteil, in Schulen und Universitäten, in persönlichen Gesprächen, auf Veranstaltungen und Demonstrationen, überall muß diese Aufgabe verstärkt in Angriff genommen werden! Je mehr es uns gelingt, die Verbrechen der US-Imperialisten und ihrer Marionettenregierung aufzudecken, desto schwieriger wird es für sie, diese fortzusetzen und einen Vorwand für eine erneute militärische Aggression zu finden.
2. Die US-Imperialisten haben jahrelang das vietnamesische Volk blutig unterdrückt. Die Bambardierungen haben nicht nur furvhtbare lei
haben nicht nur furchtbares Leid unter den Menschen angerichtet, sie haben kaum einen Stein auf dem anderen gelassen. Fabriken wurden zerstört, die Felder vernichtet und mit chemischen Bomben unfruchtbar gemacht. Das vietnamesische Volk hat diesem Terror getrotzt :Die Ernährung der Bevölkerung wurde sichergestellt und die lebenswichtige Produktion in unterirdischen Betrieben fortgesetzt - dem US-Imperialismus wurden immer härtere Schläge versetzt. Heute gilt es für alle fortschrittlichen Menschen in der Welt: helfen wir dem vietnameischen Volk, seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Helfen wir Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser wiederaufzubauen. Auch diese Solidarität mit dem vietnamesischen Volk ist ein Schlag gegen den US-Imperialismus. Die vietnamesischen Genossen sagten uns, daß es wichtig für ihr Volk ist, jetzt wieder aus den Höhlen ans Tageslicht zu kommen. Sie baten uns um Hilfe durch Geldsammlungen.
Wir haben uns entschlossen für die Sammlung ein konkretes Ziel zu setzen und 30 000 DM, das notwendige Geld für den Aufbau eines Kindergartens in der DRV, zu sammeln.
Das Präsidium der KPD/ML ruft alle Genossen, Freunde der Partei und Kollegen dazu auf, noch stärker als bisher die Solidaritätssammlung für das vietnamesische Volk zu unterstützen. Einheitlich am 7. April wird die KPD/ML in den Einkaufszentren der Städte Solidaritätssammlungen durchführen. Alle Genossen der Partei sind verpflichtet, sich an dieser Sammlung aktiv zu beteiligen. Wir rufen darüber hinaus alle Unorganisierten auf, ebenfalls an dieser Sammlung teilzunehmen und für das vietnamesische Volk zu spenden.
3. Für die indochinesischen Völker ist es eine wichtige Sache, wenn gegen diesen Feind aller Völker an allen Fronten das Feuer eröffnet wird. Der US-Imperialismus hat über 200.000 Besatzungssoldaten in Westdeutschland und Westberlin stationiert, die in Lauerstellung bereitstehen, um die imperialistische Herrschaft über die Völker Europas aufrechtzuerhalten. Hier werden die Truppen für den Völkermord in den Ländern der dritten Welt trainiert, von hier starten sie zu neuen Aggressionen, hier sollen seine Mordkommandos nach ihren Schlächterein in anderen Teilen der Welt wieder neue Kräfte gewinnen. Dem muß Einhalt geboten werden. Kämpfen wir entschlossen dafür, daß es den US-Besatzungstruppen hier ebenso geht wie in den meisten Teilen der Welt. Sie finden kaum noch einen ruhigen Platz, um sich vor dem berechtigten Haß der Völker zu schützen.